

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3.- Reichsmark, im voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Wort und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Heimat“, „Stadtblätter“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Blick in die Zukunft“, „Kulturarbeit“ und „Lehrmittel“ erscheint wochentlich zweimal, Samstags und Montags einmal.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Montag  
13. Februar 1928  
10 Pfennig

Die einseitige Konvertierung des Reichsmarkts, „Kleine Anzeigen“ des feilgekauften Wort 25 Pfennig (zuletzt zwei feilgekaufte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengruppe das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 60 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäftsinnenhofe 3, wochentlich von 8/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Verantwortlicher: Dönhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkontokonto: Berlin 37586. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 63. Diskontogesellschaft, Postfach 10000 Berlin.

# Der Reichstag vor der Auflösung.

## Auch die Verabschiedung des Stats ungewiß. — Schulgesetz endgültig gescheitert. — Völlige Zerfahrenheit im Bürgerblock. — Kein Ausweg mehr.

Deutschlands innere Politik ist in eine kritische Woche erster Ordnung eingetreten.

Der Reichsschulausschuß der Deutschen Volkspartei hat am gestrigen Sonntag eine Entscheidung angenommen, die das bisherige Verhalten der Reichstagsfraktion billigt. Dadurch sind die Aussichten, noch in allerletzter Stunde zu einer Einigung zu kommen, noch weiter zum Nullpunkt herabgedrückt.

Ton und Inhalt der bei dieser Gelegenheit gehaltenen Reden lassen darauf schließen, daß man in der Volkspartei mit der Auflösung des Reichstags rechnet.

Aus taktischen Gründen ist man dabei allerdings, im Sinne des Briefes des Reichspräsidenten, für einen Versuch eingetreten, die gegenwärtige Regierungskoalition auch über den Fall des Schulgesetzes hinaus fortzusetzen. Man war aber dabei offenbar nur von der Absicht geleitet, die Schuld für das Auseinanderbrechen des Bürgerblocks der anderen Seite, dem Zentrum und den Deutschnationalen, zuzuschreiben.

Heute nachmittag feht der interfraktionale Ausschuß der Regierungsparteien seine am Freitag unterbrochenen Beratungen weiter fort. Es scheint, daß man sich auch bei dieser Gelegenheit nur über die Frage unterhalten wird, wer jetzt die Pflicht hat, die Türe von außen zuzumachen: die Volkspartei oder die anderen.

Die Volkspartei hat die freundliche Aufforderung des Zentrums, ihre Minister zurückzuziehen, entschieden abgelehnt. Die logische Folge davon müßte nun eigentlich sein, daß das Zentrum selbst seine Minister zurückzieht. Das bedeutet Gesamtdemission und Fortführung der Geschäfte durch die zurückgetretenen Minister bis zu den schnelligst vorzunehmenden Neuwahlen.

Eine ordnungsmäßige Verabschiedung des Reichshaushalts wäre dann nicht mehr möglich, man müßte sich mit einem Notetat begnügen. Von einer Erledigung des Liquidationschädengesetzes und der geplanten Hilfsmassnahmen für die Landwirtschaft könnte erst recht keine Rede sein.

Wird also der Bürgerblock auseinanderlaufen, ohne seine Arbeiten auch nur äußerlich zu einem einigermassen ordnungsmäßigen Abschluß gebracht zu haben?

Die Opposition war im staatlichen Interesse bereit, ihm dazu Zeit zu lassen. Läuft er jetzt auseinander, so zeigt er damit seinen Wählern zur rechten Zeit, was er wert war.

Die Opposition war bereit, mit den Neuwahlen zu warten, bis der sterbende Bürgerblock das Haus notdürftig bestellt hatte. Zeigt er sich aber selbst dazu unfähig, dann darf keinen Augenblick mehr mit dem Aufräumen gewartet werden.

Die Frage kann nur noch sein, wann aufgelöst wird: erst nach Verabschiedung des Stats Ende März oder jetzt gleich.

In der Reichspresse werden gefährliche Pläne erörtert. Eine Regierung, eine Beamtenregierung, eine Beamtenregierung, die so lange zu regieren hätte, bis der Reichstag am Jahreschluß seinem natürlichen Ende verfallt.

Auch eine Geschäftsregierung, eine Beamtenregierung kann nach der Verfassung nur regieren, wenn sie das Vertrauen des Reichstags besitzt. Wer soll ihr das Vertrauen geben? Das könnte doch nur die alte Bürgerblockmehrheit sein.

Eine Geschäftsregierung wäre nichts als eine Bürgerblockregierung von etwas zweideutiger und verfassungsmäßig höchst bedenklicher Gestalt. Sie wäre vom Reichsoberhaupt ernannt, von der Mehrheit nur aus Schwäche und Verlegenheit geduldet. Das wäre ein gefährlicher Schritt in der Richtung zu den Verfassungszuständen der Kaiserzeit.

Ueberflüssig zu sagen, daß es für die Sozialdemokratie dann nur eine Aufgabe gäbe: die Geschäftsregierung zu stürzen, Neuwahlen und eine echt parlamentarische Regierung zu erzwingen.

Alle Landtagswahlen haben gezeigt, daß das Volk diesen Reichstag nicht mehr will. Die alte Reichstagsmehrheit,

hinter der keine Volksmehrheit mehr steht, zeigt sich unfähig, auch nur die einfachsten Aufgaben zu lösen. Da gibt es nur eine Parole, die dem Geist der Verfassung entspricht, und die heißt: Weg damit!

### Die Volkspartei macht mobil.

#### Der Reichsschulausschuß für die Reichstagsfraktion.

Der Reichsschulausschuß der Volkspartei hielt gestern im Preussischen Landtag eine Tagung ab. Reichstagsabgeordneter Runkel erklärte, daß die Haltung der Deutschen Volkspartei von drei sachlichen Gesichtspunkten bestimmt wurde: Ablehnung einer Verweilung des Volksschulwesens, Ablehnung einer Vertikalisierung des Volksschulwesens, und endlich Sicherung der Schulhoheit des Staates. Der Entwurf hatte zu Bedenken dieser Art reichlich Anlaß gegeben. Der Redner betonte, daß bei einer Schulabstimmung auch die Deutsche Volkspartei die jetzt vorliegende Fassung des Entwurfs ablehnen müßte, da eine Reihe berechtigter liberaler Forderungen noch nicht berücksichtigt sei. Die Deutsche Volkspartei habe darum für die zweite Lesung noch Forderungen zu erheben, von deren Berücksichtigung oder Ablehnung ihre endgültige Stellungnahme bestimmt werde.

Ausgeschlossen sei, über die jetzige Fassung hinaus auf Kosten ihrer liberalen Grundzüge weitere Konzessionen an Zentrum und Deutschnationale zu machen.

An diesen, so erklärt er, dürfte es sein, mit Zugeständnissen an die Deutsche Volkspartei heranzutreten. Graduelle Unterschiede seien durch ein Kompromiß auszugleichen, nicht aber grundsätzliche, auch nicht durch Rücksicht auf Koalitions- und Regierungskrise, ohne daß eine Partei sich selbst aufgäbe. Das sei bestimmend für die Haltung der Deutschen Volkspartei.

Als erster Diskussionsredner nahm der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Abgeordneter Dr. Scholz, das Wort, um festzustellen, daß die Fraktion mit Dr. Runkel in allen Punkten vollkommen einig sei. Er überbrachte die Grüße des Parteiführers Dr. Stresemann. Bei dem Schulgesetz, so führte er dann aus,

handle es sich jetzt um die Frage der Koalition und unter Umständen um die Frage der Reichstagsauflösung.

Der Redner lehnt in diesem Zusammenhang unter Hinweis auf die Ausführungen der „Germania“ grundsätzliche Behauptungen von anderen Parteien darüber ab, wie sich die volksparteilichen Führer, die Partei und die Fraktion zu den politischen Fragen einzustellen hätten. Nie und nimmer könne man behaupten, daß etwa der Kampf der Volkspartei für die Simultanschule den Richtlinien irgendwie widerstreite. Die Richtlinien können auf keinen Fall so ausgelegt werden, daß die Partei bei ihrer bisherigen Tätigkeit sie auch nur irgendwie verletzt habe und daraus die Konsequenz der Zurückziehung ihrer Minister ziehen müßte. Der Brief des Reichspräsidenten könne nach seinem ganzen Wortlaut nur so aufgefaßt werden, daß zwar zunächst versucht werden müsse, über das Schulgesetz eine Einigung zustande zu bringen, daß aber auch für den Fall des Scheiterns dieses Gesetzes der Reichspräsident das Zusammenbleiben der Koalition befürworte. Deshalb habe sich die Fraktion auf diesen von staatspolitischen Interessen diktierten Standpunkt gestellt.

Eine lange Reihe von Rednern, unter ihnen der preussische Landtagsabgeordnete v. Campe, sprachen ihr Einverständnis mit den Vordrängern aus. Dann nahm man einstimmig folgende Resolution an:

Der Reichsschulausschuß billigt die Haltung der Reichstagsfraktion. Er erkennt an, daß sie nach Kräften bemüht gewesen ist, ein den christlichen, nationalen und liberalen Schul- und Kulturforderungen entsprechendes Schulgesetz zustande zu bringen. Er spricht ihr und insbesondere ihren Vertretern im Bildungsausschuß den Dank für ihre Tätigkeit aus und erwartet, daß sie in ihrer weiteren Mitarbeit wie bisher für die großen Schul- und Kulturbede der Deutschen Volkspartei eintreten wird.

Zu dieser Tagung schreibt die „Kölnische Volkszeitung“: „Die Ausführungen Runkels kann man ruhig als den Gradmesser für das Reichsschulgesetz betrachten. Es dürfte wenig Wert haben, noch weiter mit den Vertretern einer Geistesrichtung zu verhandeln, denen sogar die jetzige Fassung des Gesetzes nicht genügt.“

# Aussperrung der 800 000!

## Gesamtausperrung in der Metallindustrie am 22. Februar.

Wie die Unternehmer mitteilen, hat der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller beschlossen, zur Unterstützung der bereits seit vier Wochen im Abwehrkampf befindlichen mitteldeutschen Metallindustrie die Gesamtausperrung in der deutschen Metallindustrie ab 22. Februar vorzunehmen. Von dieser Maßnahme werden insgesamt 750 000 Arbeiter betroffen, so daß von diesem Zeitpunkt ab einschließlich der in Mitteldeutschland ausgesperrten Metallarbeiter 800 000 Arbeiter ausgesperrt sein würden.

### Streiklage in Mitteldeutschland.

#### Der Kampf in der fünften Woche.

Salle a. d. S., 13. Februar. (Eigenbericht.)

Vier Wochen lang haben die streikenden Metallarbeiter die Versuche der Unternehmer, ihre Reihen zu zermürben, mit großer Entschlossenheit zurückgewiesen. Am Ende der vorigen Woche erhielt wieder ein Teil von ihnen eine schriftliche Einladung, am Montag zur Arbeit zu erscheinen. Vereinzelt wurde diese Arbeit verächtlich als Notstandsarbeit bezeichnet, aber alle Mühe der Metallindustriellen ist vergeblich.

Soweit die Berichte der heute morgen aufgestellten Streikposten einliefen, ist auch in der fünften Woche keine Abbröckelung der Streikfront zu verzeichnen. Die Ergebnisslosigkeit der Verhandlungen der

vorigen Woche hat — das läßt sich heute schon behaupten — eher aufrüttelnd als niederdrückend gewirkt.

Die große Mehrzahl der kämpfenden steht trotz der beispiellosen Hehe der KPD, und ihrer Presse unerschütterlich hinter der Zentralstreikleitung. Sie erkennen, daß es der größte Fehler wäre, vom Befrei der grundsätzlichen Oppositionellen nervös zu werden. Der Kampf wird mühsam bis zum Ende geführt werden, wie er begonnen worden ist. Gezielt kann sich die Erbitterung, veranlaßt durch das starrköpfig ablehnende Verhalten der Unternehmer, steigern, aber sie wird nur eine weitere Ursache sein, entschlossen auszuhalten.

### Die Drohung der Scharfmacher.

Die Unternehmer liefern zu ihrer Androhung eine Begründung, die einen Kampfanfang gegen jede Lohnforderung der Arbeiter überhaupt ist:

„Der Zustand, daß jeder Tarifablauf die Gewerkschaften zu einer Lohnforderung veranlasse, ist volkswirtschaftlich untragbar, da er zu dauernder Beunruhigung der Wirtschaft und, falls den Forderungen immer wieder nachgegeben wird, durch die aufeinanderfolgenden Lohn- und Preiserhöhungen auf die Dauer zu einer Schraube ohne Ende und damit zu einer vollkommenen Unterbindung der Wettbewerbssfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt führen muß. Daraus ergibt sich, daß die Auseinandersetzung in Mitteldeutschland richtunggebend für die Lohnpolitik der deutschen Industrie werden muß.“

Das ist also die Absicht: die Scharfmacher wollen einen Hauptschlag gegen die Arbeiterschaft führen!

## Poincaré in Straßburg.

Brandrede gegen Autonomie.

Straßburg, 13. Februar.

Ministerpräsident Poincaré hielt gestern mittag auf einem von den erlässlichen Bürgermeistern veranstalteten Bankett eine Rede, in der er auf die Autonomistenbewegung zu sprechen kam und erklärte, wenn bei der nächsten Schwurgerichtsperiode die traurigen Gesellen, die unter Anklage stehen, und von denen ein Teil so vorzüglich gemessen ist, über die Grenze zu gehen, sich verantworten müssen, werde das Elfaß erstamt sein über die Infamie, die in ihr enthüllt werden wird. Das Elfaß werde dann nicht mehr zulassen, daß unter dem Vorwand, die weitestgehende Freiheit zu fördern, verdächtige Agenten Zeitungen verbreiten, die aus ausländischen Quellen gespeist würden, und die mit ausländischen Organisationen Fühlung hätten und unter dem Deckmantel der Autonomie des Elfaß eine neue Amputator Frankreichs vorbereiten. Das Elfaß werde dann nicht mehr dulden, daß eine Handvoll Individuen mit dem Anstich der Freiheit und Lohheit besäßen, sogar Helfershelfer in der Bretagne, in Flandern und in Korsika zu suchen, als ob die durch die Jahrhunderte festgefügte Einheit Frankreichs nicht gegen so absurde Versuche spräche und als ob die verschiedenen unbehindert gebrauchten Sprachen in mehreren französischen, und zwar den patriotischsten Provinzen das Symptom für die Zerstückelung der nationalen Unversehrtheit wären. Poincaré sprach weiter von den Belgiern, Schweizern und Kanadiern, die bei ihrer französischen Sprache doch Belgier, Schweizer und Kanadier blieben.

Das Elfaß habe sich schon wiederholt über sein Schicksal ausgesprochen. Das französische Volk sei nach 1871, aus Furcht, den Frieden zu stören, streng auf die geringsten seiner Handlungen, Gesten und Worte bedacht gewesen und habe, um einen Konflikt zu vermeiden, alles getan, was nur mit der Würde Frankreichs vereinbar war. Der Redner bestritt, daß Frankreich auch nur einen Reparativedanken habe aufkommen lassen, und schob die Schuld für den Kriegsausbruch den Gegnern zu. Poincaré fuhr nach einem Hinweis auf seinen Einzug in Straßburg mit Clemenceau zusammen fort: „Elfaß und Lothringen haben Männer gewählt, die in der Politik die verschiedenen Ansichten vertreten können, die aber von der gleichen Liebe für Frankreich befeuert sind. Ist das nicht ein fortgesetztes Plebiszit? — Unter Hinweis auf die kommenden Wahlen, in denen die Wähler des Elfaß wiederum ihren Willen kundgeben würden, schloß die Rede wie folgt: Bei der nächsten Wahl werden diejenigen, die eure Stimmen bekämen, euch fragen: „Sind ihr Franzosen, rückhaltlos Franzosen, bedingungslos Franzosen, ohne Hinterhalt Franzosen?“ Diejenigen, die nicht klar antworten werden, die den Mut haben sollten, sich hinter Wenz und Aber zu verschanzen, sie werden, davon bin ich überzeugt, vom Elfaß schroff abgelehnt werden.“

## Kommunistisch-chauvinistische Prügelei.

Bei den Kundgebungen gegen Poincaré wurden der Deputierte Hueber, der auf dem Bahnhofspiaz „Nieder mit Poincaré!“ rief und seine Freunde, die Poincaré auspufften, von der Menge mißhandelt und mußten von der Polizei bis zum Gewerkschaftshaus begleitet werden. Als eine Musikabteilung vorbeizog, wurde sie von der Menge angehalten und gezwungen, die Marseillaise und „Ihr sollt Elfaß-Lothringen nicht haben“ zu spielen.

## Der herrschaftliche Trotki.

Moskau, 13. Februar. (Sowjetagentur.)

In Frunse an der Kirgisen-Steppe (vormals Bishkep) ist Trotki mit Familie im Sonderkafkaswagen eingetroffen. Das Publikum hat über die große Menge Gepäck und den herrschaftlichen Komfort gestaunt, mit dem der aus Moskau vertriebene Trotki reiste.

## Eine Sträflingsrevue.

Zu den zwei Berliner Bühnen, die sich in dieser Spielzeit mit dem gefeierten englischen Erzähler und Dramatiker John Galsworthy verpetuliert haben, ist am Sonntagabend eine dritte gekommen. Das „Theater in der Königgräher Straße“ wird die häßliche Erfahrung machen, daß die Szenenfolge „Flucht“ ebensowenig die Schlagkraft der „Gesellschaft“ erreicht wie die Schauspiele „Sensation“ und „Justiz“, die vor wenigen Monaten ganz oder halb durchgefallen sind. Galsworthy ist ein Menschenfreund. Er legt sich für Entrechtete und andere Segelnde ein, die sich im Präzisionsmechanismus der Justiz verfangen oder sonstwie unter die Räder der hochgezückelten Zivilisation kommen. Er plädiert mit warmem Herzen für ein bishchen menschliches Verstehen und wendet sich gegen die herzlose Korrektheit in der Anwendung der Gesetze. Das ist ein edles Bemühen und wieder sehr aktuell in diesen Tagen des Primanerprozesses, in dem ein zahlreiches Aufgebot sehr gebildeter Herren und Damen an der Aufklärung eines tragischen Verfalls arbeitet mit dem Ergebnis, daß die tatsächlichen Hintergründe verschwimmen und die Zusammenhänge abhandeln kommen.

In der „Flucht“ ist ein ehrenwerter Hauptmann, Denant, ohne eigentliche Schuld in die Gerechtigkeitsmaschine geraten. Im Schutz des rühmlich bekannten englischen Rebells entflieht er dem Zuchthaus. Die Jagd auf einen Menschen, den unstillbarer Freiheitsdrang vorwärts treibt, schildert Galsworthy in acht Bildern. Da Denant ohne Mittel ist und die Sträflingsstracht trägt, ist er auf die Großzügigkeit des Menschen angewiesen, die er auf seinem Leidenswege trifft. Das meiste Verständnis für seine verzweifelte Lage bringen Frauen auf. Eine schenkt ihm Mantel und Hut, so daß er wenigstens die verächtliche Kleidung verdecken kann, eine andere versteht ihn mit Begehrung, eine dritte verbirgt ihn vor dem verfolgenden Büttel. Hauptmann Denant erweist sich dabei stets als untadeliger Kavaller. In der Korrektheit seiner Gesinnung geht er sogar weiter, als zum Gelingen der Flucht dienlich wäre. Eine der Damen überläßt ihm Anglerwerkzeug. Auf keiner Station der entlogenen Flucht flieht er einen Anzug, noch trennt er sich von der Angelrute, ein Verhalten, das an Dummheit grenzt, da diese Angelrute ein Erkennungszeichen darstellt. Die Männer haben für den armen Gehehlen im allgemeinen weniger menschliches Verstehen übrig. Ihre Pflichtbewußtheit führt sie in schlimme Gewissenskonflikte. Ein Priester läßt ihn aus einer heißen Situation heraus. Mit einer solchen Schuld will ihn aber der Verfolgte nicht beladen wissen. Er liefert sich selbst aus.

Man sieht, der hochbede Hauptmann Denant ist geradezu als dem Papier eines Badischbüchchens auf die Bretter gestiegen. Galsworthy will, daß wir die Angst des gelangenen menschlichen Wildes miterleben, indem er die Schilderung mit humoristischem Beiwerk durchsetzt. Das ist das Schlimmste.

In der Inszenierung Viktor Barnowskys, der seine Schau-

# Der Tod in der Grube.

Drei schwere Bergwerkskatastrophen — In England, Kanada und Rußland.

London, 13. Februar.

In einer Grube bei Whitbaven (Nordengland) in der Grafschaft Cumberland sind durch eine Explosion 13 Mitglieder einer Sachverständigenkommission unter sonderbaren Umständen verschüttet worden. In der fraglichen Grube hat sich vor zwei Monaten eine Explosion ereignet, wodurch vier Arbeiter getötet wurden. Die Grube war seither geschlossen. Die Sachverständigenkommission sollte nun eine Untersuchung anstellen und darüber entscheiden, ob die Grube wieder geöffnet werden soll. Als sie in die Grube hinabstieg, ereigneten sich aus unaufgeklärter Ursache vier aufeinanderfolgende Explosionen. Es war unmöglich, die Verschütteten zu retten. Sie gelten als verloren. Alle sind Familienväter.

Ueber das furchtbare Unglück werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Die vor wenigen Wochen außer Betrieb gesetzte Grube „Haig“ sollte in den nächsten Tagen wieder befahren werden. Aus diesem Grunde stieg eine staatliche Inspektionskommission aus 8 Ingenieuren und 5 Obersteigern am Sonntag in die Grube hinab. Kaum war die erste Gruppe einige hundert Meter in den Hauptstollen vorgedrungen, als eine Explosion mit ungeheurer Wucht erfolgte. Der Stollen wurde vollständig verschüttet. Alle Mitglieder der Inspektionskommission wurden getötet. Die Regierung hat nach diesem Vorfall die Grube „Haig“ endgültig geschlossen. Die Kommission war bei ihrem Besichtigungsrundgang in einen Schacht gekommen, der mit Gas angefüllt war, das sich entzündete und eine Explosion hervorrief. Die Mitglieder der Kommission wurden dadurch im Schacht eingeschlossen. Die sofort eingeleiteten Rettungsarbeiten mußten später wegen des ausströmenden

Gases ausgesetzt werden. Bald mußte die Hoffnung, die 13 Menschen zu retten, aufgegeben werden.

## Grubenbrand in Kanada.

39 Todesopfer!

Northbay (Ontario), 13. Februar.

Ein schweres Unglück ereignet sich gestern in dem großen Goldbergwerk Hollinger, einem der größten der Welt. Es brach ein Grubenbrand aus, bei dem zehn Arbeiter ums Leben kamen.

Als Mitternacht waren aus dem von einem Brande heimgesuchten Stollen des Hollinger Bergwerks 30 Leichen geborgen worden. Die Zahl der Toten beträgt im ganzen 39.

## Dynamitexplosion im Donez-Gebiet.

12 Arbeiter tot.

Moskau, 13. Februar.

Auf einer der Gruben der Rutschenkowbergwerke in Stalino im Donezbecken, wo die deutsche Firma Thyssen arbeitet, ereignete sich eine Explosion, als ein deutscher Steiger im Bureau trotz der Warnungen seines Chefs eine Kiste Dynamit mit Hilfe eines eisernen Hammers zu öffnen suchte. Zwölf Mann wurden getötet, darunter Chefingenieur Sievers, der Steiger, ein deutscher Arbeiter und neun russische Arbeiter. Acht Arbeiter, darunter ein deutscher, wurden verletzt.

## Agrarpreise und Arbeiterinteresse.

Die britische Arbeiterpartei gegen verheuernden Zwischenhandel.

London, 13. Februar.

Auf einer arbeiterteilnehmenden Bezirkskonferenz in Gloucester setzte sich Rausay Macdonald für den Ausbau der Landwirtschaftspolitik der Partei ein. Die Arbeiterpartei sei bereit, mit den Landwirten für Stabilisierung der Tarife zusammen zu arbeiten. Aber die Landwirte müßten weit größeren Anteil an der Zusammenarbeit nehmen als bisher. Im anderen Falle würde jede von der Regierung ausgehende Hilfe für die Landwirtschaft in den Taschen der Mittelsmänner verschwinden. Die Preisfrage sei von grundlegenden Bedeutung. Wenn die Mittelsleute in der Lage seien, die Preise der landwirtschaftlichen Produkte in die Höhe zu treiben, dann sei es Pflicht der Arbeiterpartei und der Landwirte, diesen Dingen nachzugehen. Das Ziel müsse sein, für die Landwirtschaft gesunde, aber stetige Preise zu schaffen, deren Schwankungen sich in ganz keinem Rahmen hielten.

## Auch ein Nationaldeutscher.

Der Deutschnationale, der die Reichsflaggen nicht kennt.

Halle a. d. S., 13. Februar. (Eigenbericht.)

Nationale Gesinnung und politischer Takt sind bekanntlich ausschließliche Vorrechte der Herren von rechts; namentlich gegenüber dem Ausland spielen sich diese Herren als die einzig wahren Hüter der Würde des Deutschen Reiches auf. So auch der in Halle wohl-

bekannte deutschnationale Stadterordnete und Bankier Dr. Lehmann, der zugleich schwedischer Konsul ist. Am 80. Geburtstag Hindenburgs zeigte Dr. Lehmann zwei Flaggen, die schwedische Nationalflagge und die schwarzweißrote Fahne der ehemaligen deutschen Monarchie. Diese politische Taktlosigkeit veranlaßte den Regierungspräsidenten in Malmö, den Herrn Konsul auf sein der Verletzung widersprechendes Verhalten schriftlich aufmerksam zu machen. Der Schritt des Regierungspräsidenten verlief ergebnislos. Darauf wurde die Angelegenheit an die direkt zuständigen Stellen mit dem Erfolg weitergeleitet, daß die Schwedische Gesandtschaft in Berlin dem Auswärtigen Amt mitgeteilt hat, Dr. Lehmann sei angewiesen, in allen in Frage kommenden Fällen neben der schwedischen Flagge die vorklassungsmäßigen deutschen Reichsflaggen zu zeigen.

Der Konsul Dr. Lehmann, der Mann deutschnationaler Gesinnung, muß also erst von dem Vertreter einer auswärtigen Macht belehrt werden, wie er sich als deutscher Staatsangehöriger zu benehmen hat. Das deutsche Volk kann auf diese Art von konsularischer Tätigkeit eines Staatsbürgers stolz sein.

## Dänisches Parteijubiläum.

Kopenhagen, 13. Februar. (Eigenbericht.)

Die dänische Sozialdemokratie feierte am Sonntag ihr 50jähriges Jubiläum. Sie konnte an diesem Tage eine Gesamtmitgliedschaft von 150 000 feststellen, doppelt so viel als 1918. Bei der letzten Parlamentswahl konnte die dänische Sozialdemokratie 37 Prozent aller Stimmen auf sich vereinigen. Sie hofft, bei der nächsten Volksabstimmung diesen Prozentsatz wesentlich zu erhöhen.

## „Der Corregidor.“

Städtische Oper.

Schauplay: Segund in Andalusien. Zeit: 1804 — schreibt das Textbuch; eine Novelle des Marcon liegt ihm, der Novelle liegt eine spanische Volkserzählung zugrunde. Die Dbrigkeit wird verhöhnt, ihr unwürdigster Repräsentant, eben der Corregidor, ist Held eines höchst unruhigen Abenteuers: lächerlich als Ehemann, doppelt lächerlich als verheirateter Verführer, der trotz Amtsmißbrauch und behördlicher Unterstützung nicht ans heimlich-ouherchelle Ziel, aber in die peinlichste Lage kommt. Indes er bei der Müllerin Frasquita kein Glück und viel Notdurft hat, hat, in seinen Kleidern, seine Schlüssel in der Tasche, Frasquitas Mann, der Müller Lukas, sich ins Haus des Corregidors, geradewegs in sein Bett geschlichen. Die Sache ist lustig, wenn auch ein bishchen dünn für vier Akte; und durch den Operntext, und letzten Akt, die wir von ihm haben — scheint sie eher verdünnt als verdichtet. Vom aufrührerisch-trübsigen Ton der Volkserzählung ist nicht viel mehr zu spüren; aber eine Reihe charaktervoller, politisch-amüsant, theaterlebensfähiger Figuren sind für die Bühne gerettet. Und das Spanisch-Volkstümliche klingt stark und naturhaft in dem Grundton der Musik wider, zu der Hugo Wolf durch den Text inspiriert worden ist. Das Spanische war von je keine Spezialität gewesen, von den Wiedern, die in verschwenkerischer Fülle in dieser Oper verstreut sind, kennt man viele aus seinem „Spanischen Liederbuch“. Hugo Wolf, der Liederkomponist, hat seinen musikgeschichtlichen Ploß; er hat das Reformwerk Wagners — die Einheit von Dichtung und Musik als höchste Forderung — im Bezirk des Liedes fortgesetzt und vollendet. Das also war ein Schritt vorwärts, über Wagner hinaus. In der Oper — in dieser ersten und letzten Oper, die wir von ihm haben — blieb er im Wagnerischen befangen: im Meisterfingerstil, und ein wenig im Orchesterpathos der Ridelungen. Aber nichts wäre darum verkehrt, als diesen „Corregidor“ als Epigonenwerk, als Nebenwerk des Vrikers Wolf abtun zu wollen. In der musikalischen Eingebung ist er immer ein Erzeuger, und eine Szene in dieser Oper, der große Monolog des Lukas, das dramatische Hauptstück, ist ein Stück von unzweifelhaftester, großer Dramatik. Und in der Art, wie das Lyrisch-Liedhafte sich dramatisch fortspinn und auswirkt, kündigt sich etwas wie ein neuer Stil der lyrischen Komödie an, die Hugo Wolf uns, leider, schuldig bleiben mußte.

Der „Corregidor“ ist, als er neu war, vor einem Menschenalter etwa, von diesen großen Opernbühnen gespielt worden, doch von den meisten bald wieder verschunden. Wir müssen der Städtischen Oper aufrichtig dankbar sein für diese Erneuerung — die in der Tat, als dramaturgische Bearbeitung und heilsame Umstrumentierung, da wo es not tat, eine wahrhaft glückliche Erneuerung des Wertes geworden ist: dies in einer Aufführung, von der kaum mehr zu sagen ist, als daß sie den Eindruck absoluter Vollkommenheit hinterläßt. Dank dem idealen Zusammenwirken Bruno Walters, des musikalischen, und Karl Heinz Martins, des spanischen Leiters, zu denen als Dritter der Schöpfer der wahrhaft schönen Bühnenbilder kommt, der Maler Ernst Stern. Und dank einer schlechthin idealen Belegung aller Rollen. Ein Opernabend, wie wir ihn lange nicht erlebt. Klaus Pringsheim.

## Steglich.

Es ist ein Ort am Rande von Berlin, Primaner tragen weiß und rote Mützen, Die Jungfernschaft ist schwer darin zu schüzen. Es gärt vor Sinnlichkeit und Ritotin.

Hier herrscht vor kurzem Zucht und deutsche Art, Der Droschkengaul will immer noch nicht weichen, Am Stammsitz weht das schwarzweißrote Zeichen, Und am Demmal regiert der Kaufbeort.

Hier herrscht noch Ordnung, Sitte, Disziplin, Das Hafentreu verziert die Toilette, Hier geht man mit dem Trauschlein nur zu Bette Und denkt im schönsten Schlummer nur an „Ihn“.

Dann kam in jener Nacht die Polizei, Ein freches Böhr hat jetzt die Stadt blamoren, Ganz schamlos klingt sie allen in den Ohren, Herr, mach uns frei!

Pieter Pott.

Paul Wegener wurde an das Theater am Rurfürstendamm für die nächste Premiere „Sonnenpferd“ und „Tod und Teufel“ von Franz Weckand verpflichtet. Regie: Karlheinz Martin.

Fridisof Hansen (heißt Mittwoch, 7), Uhr, in der Preussischen Akademie der Wissenschaften über das Thema: „Die kollatischen Bewegungen der Erde und der Oberflächen der Kontinente“. Eintrittskarten beim Pförtner der Akademie (Unter den Linden 85).

In der Gesellschaft für Öffentliche Kunst spricht am Dienstag, 8 Uhr, Prinz-Adolph-Str. 7a, Hof. Generalankton Schirmer (Tingtau). Thema: „Auf den Spuren Carlo Volos zur Ursprungshütte des Seladon-Vorgezellan.“

Vorlesung. Am Dienstag um 1/8 Uhr hielt P. C. Thndall vom Deutschen Volkstheater in Wien sein Drama „Julius Cäsar Bonini“ im großen Saal am Friedrichshain 23.

Der Internationale Antocen-Kongress findet in der Zeit vom 15. bis 25. April 1928 in Berlin in den Räumen des Herrenpauces statt.

# Der bayerische Staat hat Zeit.

## Neue Verschleppung des Prozesses der Witwe Eisner.

München, 13. Februar. (Eigenbericht.)

Der Prozeß, den die Witwe Eisners im Armenrecht gegen den bayerischen Staat um Zahlung einer Rente führt, sollte heute vor dem Landgericht München I beginnen. Bei der Eröffnung der Verhandlung stellte der Gerichtsvorsitzende mit, daß der beklagte bayerische Staat noch keinen Anwalt benannt habe, was eine Aussetzung und Vertagung des Prozesses um etwa drei Wochen notwendig mache. Der genaue Termin des Prozesses ist noch nicht festgesetzt.

# Hugenbergs unerreichbares Vorbild.

## Der englische Zeitungsfönig.

Paris, 13. Februar. (Eigenbericht.)

In der Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ kündigt Lord Northmore die Gründung eines neuen großen Zeitungskonzerns an, der vorläufig mit drei, später mit fünf Millionen Pfund Kapital arbeiten soll. Eine große Reihe Provinzblätter in Manchester, Birmingham, Glasgow, Edinburgh, Liverpool usw. sollen angegeschlossen werden. Für den Kauf von neuen Zeitungen werden vorläufig nicht weniger als 7,5 Millionen Pfund ausgeworfen.

# Begegnung Stressemann-Litulescu.

## An der Riviera.

Paris, 13. Februar. (Eigenbericht.)

Wie der „Petit Parisien“ berichtet, reist der rumänische Außenminister Litulescu am nächsten Mittwoch nach San Remo ab, wo er einige Tage zur Erholung bleiben will. Bei dieser Gelegenheit soll dann die angekündigte Aussprache mit Stressemann stattfinden.

# Schiedsvertrag Berlin-Washington.

## Amerikanische Initiative. — Deutschland ist bereit.

Der Abschluß eines deutsch-nordamerikanischen Schiedsvertrages ist von Amerika vorgeschlagen worden, Deutschland ist grundsätzlich dazu bereit; Verhandlungen der Juristen über die Einzelheiten haben noch gar nicht begonnen.

# Hoover Präsidentschaftskandidat.

## Washington, 13. Februar.

Der Staatssekretär für das Handelsdepartement Hoover hat seine Kandidatur für den Präsidentschaftsposten bei der Republikanischen Partei offiziell angemeldet.

Die erste Erklärung Hoovers besagt, er werde fortfahren, die Grundzüge der Republikanischen Partei zu beobachten und die großen Ziele der Politik des Präsidenten Coolidge zu verfolgen. Hoover erklärte außerdem, er beabsichtige, für den Augenblick seinen Posten als Leiter des Handelsdepartements beizubehalten.

Der Herausgeber der „Deutschen Rundschau“, Dr. Vogel, der kürzlich seine gegen Ministerialdirektor Dr. Spieder erhobenen Forderungen vor Gericht zurückzog, legt Wert auf die Feststellung, daß er, entgegen unserem Bericht, nicht der Deutschnationalen Partei angehört. — Es scheint da wer von wem abzurufen, man weiß nur nicht ganz genau wer und von wem.

# „Der gespaltene Mensch.“

## Erstaufführung der Volksbühne.

Der Sprech- und Bewegungstheater der Volksbühne, der in dieser Matinee zum ersten Male in großem Ausmaße in Berlin in Aktion trat, ist Träger einer ganz neuen Kunst. Denn die beiden bekannten Elemente, der Sprechchor wie der Bewegungstheater, sind hier zu einer völligen Einheit zusammengeschmolzen. Sprache und Bewegung gehen in einem Rhythmus, ergänzen sich; eins gleitet in das andere über. Dem Zuschauer wird es nicht mehr bewußt, wann das eine, wann das andere vorherrscht. Und dieses völlige Zusammengehen zweier verschiedener Kunstmittel scheint so natürlich, daß man es kaum als etwas Besonderes, etwas Neues empfindet. Damit aber hat der Sprechchor seine Feuerprobe bestanden. Das Publikum jubelte einer Kunst zu, die in schäufster Lösung vollendeten Ausdruck gefunden hat für Massenempfindungen, Massenerlebnisse, Massenerlebnis.

Bruno Schönkants Sprechchorwerk „Der gespaltene Mensch“ ist aus sicherer Erkenntnis der Sprecherkunst aufgebaut. Massen können keine Sätze sprechen; sie müssen einzelne Worte hämmern, Worte, deren Sinn wieder auf das schärfste, klarste ersicht sein muß. Schönkants läßt sie Sätze, Sätze aneinanderreihen, wiederholen, er schafft daraus Massendialoge, dramatische Steigerungen von unerhörter Kraft. Auch einzelne Sprecher bleiben in diesem Stil, wenn er auch hier gelegentlich etwas mehr gerundete Weichheit, etwas Persönliches bekommt, weil er eben stärker ein Individuum betont. Aber Träger der Handlung — und hierin unterscheidet sich der bewegte vom unbewegten Sprechchor — ist in Wahrheit die Masse. Sie zeigt und betont durch die Bewegung Gegenstände, tritt aus dem Dunkel des Hintergrundes, in das sie sonst verborgen war, hervor. Der bewegte Sprechchor ist der erste wirklich gelungene Ausdruck einer dramatischen Kollektivkunst.

Karl Vogt, der die sprachliche Regie, und Vera Storoni und Berthe Trümpp, die die Bewegungsregie führten, haben auf das erfolgreichste Hand in Hand gearbeitet. Das Gegeneinander und Zueinander der Massen, für das die Bewegungsregie stärksten dramatischen und künstlerischen Ausdruck fand, wurde von Sprechchor und Sprachführung packend untermalt. Der Sprechchor der Volksbühne, unterstützt von der Langgruppe Storoni-Trümpp, zeigte, daß diese Massenkunst gerade von Valen, die hier sich selbst, ihr eigenes Erleben gestalten können, auf das eindringlichste nachgeföhlt und nachgeformt werden kann.

Der Dichtung Schönkants gingen noch einige andere Darbietungen voran, einzelne Gedichte, vom bewegten Sprechchor gestaltet. Hier zeigte sich, daß strengste, klarste Bewegungsdurchführung für den Chor ebenso notwendig ist wie Verzicht auf das Nachformen von Sätzen. Diese müssen stets von Einzelsprechern gebracht werden.

Die Matinee war ein glänzender Erfolg für alle Mitwirkenden. Alle Schöder und Wolfgang Keller, die die musikalische Leitung hatten, sollen nicht ungenannt bleiben.

Trude C. Schulz.

Das Mostauer Hebräische Künstlertheater Habima gibt im Theater am Kurfürstendamms vor seiner Abreise nach Palästina 5 Vorstellungen, und zwar am Freitag, Sonnabend und Sonntag. Zur Aufführung gelangen: Golan, Eddut und Jakobs Traum.

# Deutsch-polnische Arbeiterpolitik.

## Gemeinsamer Wahlauftrag. — Einsetzen für gerechte Behandlung der Minderheiten

Warschau, 13. Februar. (Eigenbericht.)

Die zentralen Sozialdemokraten der Gebiete von Lodz, Ostoberschlesien und die Polnische Sozialistische Partei haben einen gemeinsamen Wahlauftrag erlassen, in dem gesagt wird, daß das gegenwärtige Wahlbündnis auch für die künftige parlamentarische Tätigkeit beibehalten wird. Die Arbeitermassen müßten zum Kampf für den Frieden, die Demokratie und den Parlamentarismus vereinigt werden. Der gemeinsame Wahlkampf verpflichte zur Lösung der Frage der deutschen Minderheit in Polen. Daher werden die PPS und die ZSAP im künftigen Parlament anstreben: 1. vollkommene Gleichberechtigung der deutschen Minderheit auf sämtlichen Gebieten des Rechts und des täglichen Lebens sowie das Anrecht deutscher Arbeiter und Angestellten auf Arbeit in staatlichen Unternehmungen; 2. die gleiche Behandlung der deutschen Minderheit mit den Polen hinsichtlich der sozialen und Wirtschaftspolitik; 3. Verwirklichung des deutschen Sprachens in Verwaltung- und Gerichtsweisen der Gebiete mit größerer deutscher Minderheit; 4. freie Entwicklung des Kultur- und Schulwesens und der Sprache sowie Anrecht auf eine entsprechende Anzahl deutscher Schulen;

## 5. autonome Organisation des nationalkulturellen Lebens der deutschen Minderheit.

## Pilsudskischützen als Versammlungsprenger.

Warschau, 13. Februar. (Eigenbericht.)

Am Sonntag wurde hier eine Wahlversammlung des katholischen nationalen Blocks von Mitgliedern der Pilsudski-Schützenverbände gesprengt. Dabei kam es zu blutigen Schlägereien, es wurden 30 Personen verwundet. Mehrere Versammlungsteilnehmer und Anhänger der Schützengilde wurden verhaftet.

## Scharfer Ton gegen Boldemaras.

Außenminister Jazelski hat am Sonntag an Boldemaras einen Privatbrief geschickt, der durch seinen Ton auffällt. Jazelski weist zunächst den Vorwurf zurück, daß er die Genfer Besprechungen falsch wiedergegeben habe und erklärt mit Boldemaras in Zukunft nur noch in Gegenwart von Stenographen verhandeln zu können. Der polnische Außenminister fordert Boldemaras auf, klar und eindeutig zu erklären, ob er endlich im Sinne der Genfer Vereinbarungen sofort Verhandlungen mit Polen über die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen beiden Ländern aufnehmen wolle oder nicht.

## Bauern gegen Landbündler.

## Schallende Ohrfeigen für die Macher der „Bauernrevolution.“

Breslau, 13. Februar. (Eigenbericht.)

Auf dem 8. schlesischen Bauerntag, der hier im überfüllten Schießwaidpark gestern stattfand, ging der Vorsitzende des schlesischen Bauernvereins, Herrmann, in seiner Begrüßungssprache auf die Kundgebungen des Reichslandbundes ein. Er wies den Versuch, die Notlage der Landwirtschaft zu einseitigen politischen Zwecken auszunutzen, auf das Entschiedenste zurück. Der Reichslandbund wolle einen „Marsch nach Berlin“ organisieren. Zu den Kundgebungen in den Kreisstädten wurde, um genug Volk aufzubringen, den auf den Gütern beschäftigten Arbeitern Lohn und Urlaub für diese Tage gegeben. Herrmann wandte sich gegen eine solche Kampfesweise und gegen den Versuch, die Politik mit so primitiven Mitteln zu beeinflussen. Hätten die Bauern ähnlich vorgehen wollen, so hätten sie schon seit Jahren in dieser Weise protestieren müssen, denn es gehe ihnen schon seit langem schlecht. Gegen wen sollte sich auch der Marsch nach Berlin richten? Wollte der Landbund etwa vor das Ernährungsministerium ziehen, wo einer seiner Leute amtiert; Herr Schiele sei es ja gewesen, der die vom Landbund angeforderten Handelsverträge mit unterzeichnet hat.

Diese Abkehr vom Landbund ist um so beachtlicher, als sie die Billigung der Vertreter von 25 000 schlesischen Bauern fand.

Die große Protestaktion des Reichslandbundes, die dazu bestimmt ist, die Aufmerksamkeit der Landwirte von der agrarpolitischen Unfähigkeit des Reichsblocks abzulenken, hat auch gestern, Sonntag, angehalten. Eine derartige Kundgebung fand u. a. auch in Grimma in Sachsen statt, wo angekündigt wurde, daß die deutsche Landwirtschaft oft zur „offenen Opposition“ übergehen würde, wenn die Regierung den Forderungen des Landbundes nicht Rechnung trage. Noch deutlicher wurde der Landbund in Stade. Hier verließ sich eine Entschließung zu der Drohung, der Landbund würde zur Erhaltung von Haus und Hof „zu den äußersten Mitteln greifen“ und er mache für die Folgen die Regierung und Parlamente verantwortlich.

Der expressiverische Druck der Großlandwirtschaft auf die Reichsregierung findet bezeichnend die Billigung der Minister Schiele und Reußell. Wiederholt habe man betont, daß der Landbund mit seiner Protraktion die wertvollsten Landwirtschaft in ihrem überwiegenden Teil gar nicht hinter sich habe. Befürwortet wurde diese unsere Auffassung in der Generaterversammlung des schlesischen Bauernbundes, die gestern unter großem Andrang in Breslau stattfand, und die eine ganze Reihe von Forderungen im Gegensatz zu der Landbundagitation aufstellte. Mit besonderem Nachdruck folgte der schlesische Bauernbund eine tatkräftige Siedlungspolitik und ermahnte insbesondere die Regierungsfstellen dazu, die Staatsautorität gegen widerspenstige, unfähige Siedlungsbehörden geltend zu machen. Es sind das gerade die Stellen, die dem Einfluß der Großagrarien unterliegen. — Neben einer Zollbegünstigung für bäuerliche Produkte verlangen die schlesischen Bauern — wieder in offenem Gegensatz zum Landbund! — Zollfreiheit für Futtermittel. Weiter wurde die Schaffung eines selbständigen Bauernkreditrechts und die Umgestaltung der Rentenbankkreditanstalt auf ein rein bäuerliches Beteiligungswesen als notwendig hingestellt. — Auch hier wieder die Aufhebung gegen die Praktiken des Landbundes. Neben weitgehenden Steuererleichterungen fordert schließlich die Bauernorganisation die Offenlegung der Steuerlisten. Wurde sie durchgeführt, so gäbe es sicherlich bald saure Gesichter unter den Landbündlern.

Die Stellungnahme des schlesischen Bauernvereins ist also eine schallende Ohrfeige für die Großgrundbesitzer, die zur „Bauernrevolution“ aufzupuffen, aber für die Bauern nichts übrig haben und deren Interessen sogar schädigen. Die Großagrarien haben in weiten Kreisen der schaffenden Landwirtschaft keinerlei Kredit mehr. Die Reichsregierung hat die Pflicht, diesen Tarlichen Rechnung zu tragen. Von dem Landbundfunktionär Schiele allerdings und von seinen deutschnationalen Freunden wird die deutsche Bauernschaft keine Hilfe zu erwarten haben.

## Cornelius Langhorst gestorben.

Gestern, Sonntag abends 8 Uhr, starb der langjährige Vorsitzende der Prekominmission der „Dresdener Volkszeitung“, Genosse Cornelius Langhorst, im Alter von 62 Jahren. Langhorst gehörte seit etwa zwei Jahrzehnten der Prekominmission der „Dresdener Volkszeitung“ an und war seit etwa 15 Jahren deren Vorsitzender.

Die Giechener Reichswehrjunker aus der Haft entlassen. Am Sonntagabend wurden die beiden letzten, wegen der bekannten Junkeraffäre in Giechen noch in Untersuchungshaft befindlichen Reichswehrjunker auch in Freiheit gesetzt.

## Alles wegen Anastasia!

## Rechtsblätter unter sich.

Der Kampf um die angebliche Großfürstin Anastasia alias Fräulein Tschalkowsky, alias Fräulein Tschankowsky, ist nun gänzlich im Moskauer Gerichtssaal gefordert. Heute morgen war es der Chefredakteur der Scherischen „Nachtausgabe“, Herr Schwarz, der gegen die verantwortlichen Redakteure der „Täglichen Rundschau“, Dr. Warz und Dr. Cuno, und die Verlegerin Anastasia-Artiklerie, Frau Raffel-Keilmann, in Vertretung vor dem Amtsgericht Berlin-Schöneberg.

In aller nächster Zeit steht übrigens noch ein zweiter Anastasia-Prozeß bevor. Frau Raffel-Keilmann und ein Kriminalbeamter sollen sich wegen aktiver bzw. passiver Bestechung auf Grund einer Strafanzeige der Scherischen „Nachtausgabe“ verantworten.

Dem heutigen Prozeß liegt folgender Tatbestand zugrunde: Die Scherische „Nachtausgabe“ hatte, wie wir unseren Lesern im Spektakel mitteilen, das Publikum mit einer Artikelserie der Frau Raffel-Keilmann zu unterhalten versucht, in der die Identität des Fräuleins Tschalkowsky mit der Großfürstin Anastasia, der Tochter des Zaren Nikolaus, haarflein nachgewiesen wurde. Aber während diese Artikelserie noch in den Provinzblättern lief, begann die „Nachtausgabe“ mit der Veröffentlichung einer neuen Artikelserie, in der mit ebenso großer Energie der Nachweis geführt wurde, daß die Tschalkowsky nicht die Großfürstin Anastasia, sondern eine polnische Landarbeiterin Tschankowsky sei.

Einige Zeit darauf erschien in der „Täglichen Rundschau“ ein Artikel der Frau Raffel-Keilmann, in dem unter anderem behauptet wurde, daß der Redakteur der „Nachtausgabe“, Herr Lude, gegenüber dem Herzog v. Leuchtenberg behauptet hätte, der Scherl-Verlag habe vom Großherzog von Hessen 20 000 oder 25 000 M. zum Zwecke der Entlassung der angeblichen Anastasia erhalten. Die Scherische „Nachtausgabe“ behandelte darauf die „Tägliche Rundschau“ nicht eben günstig. Sie sprach von verleumdenden Behauptungen, journalistischer Ehrschneiderei, von unsinnigen Lügen und ähnlichem. Die „Tägliche Rundschau“ erwiderte darauf, daß die Scherische „Nachtausgabe“ doch, anstatt Redereien zu machen, klipp und klar erklären möge, ob Dr. Lude das von den 20 000 M. gesagt habe oder nicht. So kam die Sache schließlich vor das Gericht.

In der heutigen Verhandlung verfuhr die Richter einen Vergleich anzugehen. Die Verteidigung schien nicht dazu geneigt zu sein. Rechtsanwalt Dr. Pindar als Vertreter der Raffel-Keilmann hielt ein Plädoyer für die „Großfürstin Anastasia“ und erklärte, es liege doch fest, daß die „Nachtausgabe“ sich zuerst mit aller Entschiedenheit für die Identität eingelassen habe und drei Tage später gegen diese Identität Stellung angenommen habe. Rechtsanwalt Alberg als Vertreter des Ritters Schwarz meinte dazu, daß es ja allein darauf ankomme, ob die Behauptung von den 20 000 M. richtig sei und ob Dr. Lude die Mitteilung von diesen 20 000 M. an den Herzog von Leuchtenberg gemacht habe.

Nach längerem Hin und Her wurde schließlich Dr. Lude vernommen. Da eruhr man ganz amüsante Sachen. Dr. Lude sagte aus: Es sei durch Ermittlungen festgestellt worden, daß die Tschalkowsky nicht die Großfürstin Anastasia, sondern die Landarbeiterin Tschankowsky sei. Der Andienbeweis wäre lückenlos. Um die Tschalkowsky endgültig zu überführen, sollte sie der Frau Wimminger, bei der sie als Untermieterin gelebt hatte, gegenübergestellt werden. Der Herzog von Leuchtenberg, auf dessen Schloß die angebliche Großfürstin Anastasia Unterkunft gefunden hatte, gab schließlich seine Einwilligung zu ihrer Gegenüberstellung. Dr. Lude bezog sich mit dem Detektiv Knopf nach Paris. Herzog von Leuchtenberg machte aber Schwierigkeiten. Von Paris fuhr man nach München, von dort auf das Schloß des Herzogs von Leuchtenberg. Man wurde schließlich hineingelassen, durfte auch an dem Abendessen teilnehmen, bei dem die gesamte Verwandtschaft des Herzogs von Leuchtenberg versammelt war, und erhielt schließlich das Versprechen, daß am nächsten Morgen die Gegenüberstellung stattfinden würde. Die Gegenüberstellung kam aber nicht zustande. Der Herzog und die Herzogin zeigten sich äußerst feindselig. Dr. Lude bestritt, daß er im Verlauf der Unterhaltung überhaupt ein Wort über die 20 000 M., die der Scherl-Verlag bekommen hätte, habe fallen lassen.

Rechtsanwalt Dr. Pindar hält dem Zeugen einen Brief des Rechtsbeistandes des Herzogs von Leuchtenberg entgegen, in dem dieser erklärt, daß die Behauptung der Herzogin gegenüber doch zutreffend sei. Rechtsanwalt Dr. Alberg hält dem einen Brief des Großherzogs von Hessen entgegen, in dem dieser bestritt, dem Scherl-Verlag für Ermittlungen Geld zur Verfügung gestellt zu haben.

Die Parteien traten in Vergleichsverhandlungen ein, die jedoch zu keinem Resultat führten. Die Gerichtsung wurde verlagert, damit die Vergleichsverhandlungen außergerichtlich fortgesetzt werden. Sollten sie trotzdem zu keinem Ergebnis führen, so soll ein neuer Termin anberaumt und 11 Zeugen, darunter auch die herzogliche Familie der Leuchtenberg, vernommen werden.

Der Nobel-Friedenspreis soll nach einem Vorschlag von 130 schwedischen Parlamentariern der Linken dem sozialistischen „Bürgermeister“, d. h. Stadtgerichtspräsidenten Karl Lindhagen-Stockholm zuerkannt werden.

# Eine Boykott-Schadenersatzklage.

## Der Kellnerverein zur Umgehung des Arbeitsnachweises.

Der Berliner Kellnerverein forderte durch Klage beim Arbeitsgericht für zwei seiner Mitglieder Schadenersatz vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Cafégewerbeten. Die Vertreter des Kellnervereins erhoben ein großes Quantum, dem die Behauptung zugrunde lag, der Zentralverband mache es durch Boykott und Terrorismus den Mitgliedern anderer Organisationen unmöglich, Arbeitsstellen zu besetzen. Der Zentralverband habe die beiden Kläger aus ihren Stellungen verdrängt und solle deshalb Schadenersatz leisten.

Die Verhandlung zeigte, daß die Darstellung des Kellnervereins eine kolossale Übertreibung und eine falsche Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse ist. In Wirklichkeit verhält es sich so: Der Kellnerverein setzt zwar unter Hirsch-Dunderscher Flagge, seine hauptsächlichste Betätigung besteht aber darin, daß er seinen Mitgliedern unter Umgehung des städtischen Arbeitsnachweises Stellen vermittelt.

Der Zentralverband dagegen hat einen Tarifvertrag mit dem Arbeitgeberverband, welcher bestimmt, daß das Personal vom städtischen Arbeitsnachweis zu holen ist. Auch bei nicht organisierten Arbeitgebern hält der Zentralverband auf die Erfüllung dieser Bedingung, die er nötigenfalls dadurch zu erzwingen sucht, daß er die betreffenden Betriebe für seine Mitglieder sperrt und dies in der Arbeiterpresse bekannt gibt. Das hat dann meistens die Folge, daß der gesperrte Betrieb in seinem eigenen Interesse auf die Beschäftigung von tarifreinem Personal verzichtet und

tarifreies Personal einstellt.

Auf zwei derartige Fälle beriefen sich die Kläger. Der eine betrifft die Wirtschaft von Bollenberg auf dem Zentralviehhof. Hier soll laut Tarif und Pachtervertrag mit der Stadt Berlin das Personal durch den städtischen Arbeitsnachweis eingestellt werden. Als der Verstoß gegen diese Bestimmung durch die Presse bekannt wurde, setzten sich zwei Stadtverordnete, die einer für den Viehhof bestehenden Kommission angehören, mit Bollenberg in Verbindung und zogen auch einen Vertreter des Zentralverbandes hinzu. Als dieser kam, war die Angelegenheit bereits im Sinne des Tarifvertrages geregelt.

Die Vereinsmitglieder wurden aber auf Veranlassung des Verbandes nicht sogleich und nicht auf einmal entlassen. Dem Kläger, der im Betrieb die treibende Kraft gegen den Tarif und den Zentralverband war, wird nachgesagt, daß er schon vormittags bei der Arbeit total betrunken war.

Der zweite Kläger war bei dem Gastwirt Süring in der Landsberger Allee beschäftigt. Die Süring als Zeuge angab, hatte die Anzeige der Sperrung die Wirkung, daß der Besuch seines Lokals so nachließ, daß er sich genötigt sah, dasselbe zu verpacken. Der Pächter erfüllt die Tarifbestimmung und steht sich gut dabei.

Das Gericht wies die Klage ab mit der Begründung, im Falle Bollenberg sei es ganz klar, daß der Zentralverband in keiner Weise einen Druck zum Zweck der Entlassung des Klägers ausgeübt habe. Im zweiten Falle sei vielleicht der Gastwirt Süring, aber nicht der Kläger in unzulässiger Weise geschädigt, denn dieser habe ja die Möglichkeit, durch den städtischen Arbeitsnachweis Arbeit zu bekommen.

## Der Bergarbeiterstreik in Böhmen.

Prag, 13. Februar.

Heute früh begann der Streik in den Revieren Brüx, Dug, Teplich und Komotau. Von den rund 30 000 Streikenden entfallen auf den Revier-Amtsbezirk Brüx rund 21 000, auf Teplich 400 und auf Komotau 3000. Die Zahl der durch den Streik in die Mittelstandschaft gezogenen Familienangehörigen der Arbeiter auf 100 000 geschätzt werden. Die Unorganisierten, Verhüllten bei längerer Streikdauer von großer Bedeutung zu tun, werden von den Bergarbeitern auf 6000 bis 7000 geschätzt.

Prag, 13. Februar.

Der Streik auf den Gruben im Brüxer, Komotauer und Teplicher Revier ist ein vollständiger.

Die Grubenhaltungsmannschaften haben sich auf allen Gruben einzufinden, nur auf den staatl. Gruben Julius 2 und Julius 3 sind die Maurer od. Zimmerleute nicht angefahren. Die Hofsandarbeiten werden auf diesen Gruben von den Aufsehern verrichtet.

Auf der Grube Pring Eugen stellen sich zwei Leute zu den Erhaltungsarbeiten ein. Im Kladnoer, Pilsener und Ostauer Steinlohlenrevier 4 wird normal gearbeitet.

Auf der Grube in Handlova in der Slowakei finden noch Verhandlungen über die Lohnforderungen der Bergarbeiter statt. Das Revierbergamt in Kuttendorf vermittelte die Verhandlungen mit 52 Angestellten der „kleinen Grube“ in Hradel bei Reichenberg, wo seit dem 9. Januar gestreikt wird.

Das Arbeitsministerium versucht, die Parteien wieder zusammenzubringen. Seine beiden Vertreter sollen zunächst versuchen, durch getrennte Verhandlungen mit den Arbeitern und den Unternehmern eine Basis zu finden, auf der die gemeinsamen Verhandlungen fortgeführt werden können. Es wird behauptet, daß große Kohlenvorräte gesichert seien, da man seit Wochen mit dem Ausbruch des Streiks gerechnet habe.

## Bei den organisierten Friseurgehilfen.

Auch hier „Opposition“.

Zu der Jahresversammlung des Zweigvereins Berlin vom Arbeiterverband des Friseur- und Haargewerbes hatte die „Opposition“ in dem Stahl-Blat eine „große Abrechnung“ angekündigt und behauptet, im vorigen Jahre hätte es ihr nur an fünf Stimmen gefehlt, um den Zweigverein zu „erobern“.

In der Versammlung am Donnerstagabend wurden zunächst die Kandidaten für die Delegiertenwahlen zum Verbandstag im Juni aufgestellt und so gleich die Probe aufs Exempel gemacht. Die Kandidaten der Amsterdamer Richtung wurden mit 74 bzw. 54 Stimmen nominiert, während die Moskauer Richtung 15 bzw. 12 Stimmen aufbrachte.

Der Vorsitzende Dierx gab dann einen ausführlichen Geschäftsbericht. Es werden etwa

5000 Friseurgeschäfte in Berlin

gezählt, wovon 1980, in denen der Inhaber allein arbeitet, und 1950, in denen nur Lehrlinge, keine Gehilfen gehalten werden. In den etwa 1075 Gehilfenbetrieben werden 4280 männliche und 2160 weibliche Gehilfen beschäftigt. Die Zahl der Lehrlinge, die sich auf rund 3000 Geschäfte verteilt, beträgt 1500, die der Lehrlinginnen 750. Die Lehrlingsziffern würden weit höher sein, wenn nicht die Verordnung über das Behaltenshalten der Lehrlingsziffern einen gewissen Damm biete. Die Entschädigung, die

den Lehrlingen als Kostgeld gezahlt wird, bleibt vielfach noch unter den Richtsätzen der Handwerkskammer. Natürlich wird versucht, den Lehrlingen den Beitritt zu der

## Lehrlingsabteilung des Gehilfenverbandes

zu verbieten, weshalb diese besonders betonte, daß derartige Verbote unrechtmäßig und daher nicht zu beachten sind.

Doch selbst die Rechte der Gehilfen werden noch meist mißachtet. Nur in zwei der größeren Betriebe sind Betriebsräte, und nur in 10 der mittleren Geschäfte Betriebsabläufe. Der Tarifvertrag ist seit November 1927 nicht mehr verbindlich. Für die Lehrlinge gilt damit die gesetzliche achtstündige Arbeitszeit und nicht die längere tarifliche Arbeitszeit. Die unorganisierten Gehilfen und Gehilfinnen, die unter Tarif bezahlt werden, können die Differenz nicht mehr einlangen.

## Gegen die Sonntagsruhe

im Friseurgewerbe hat sich eine sogenannte „Protestvereinigung“ gebildet, vorgeblich aus den Reihen des Publikums, während in Wirklichkeit selbständige Friseure dahinterstecken. Dem Herrn Schumacher mit dem eigenen Schneiderverbandsnamen hatten einige von den Oppositionellen die Hoffnung gemacht, daß er eine Sondervereinigung der Friseurgehilfen gründen und sie mit seinem „Industrieverband“ verschmelzen könne. Daraus wurde nichts, da die richtiggehenden „Oppositionellen“, die ihre Parolen von der R.P.D. beziehen, sich dagegen wandten.

Wie auch aus dem Rassenbericht von Rogge hervorgeht, hat der Zweigverein im letzten Jahre einen zwar nicht sehr großen, jedoch

## stetigen Aufstieg

zu verzeichnen. Besonders rühmt ist die Organisation auf dem Gebiete der fachlichen Ausbildung tätig.

In der Diskussion gingen die „Revolutionäre“ an dem Bericht vorbei. Sie vertrat ihre Antragsproduktion, die darauf abzielte, ihnen ein besseres Sprungbrett für ihre Eroberungsübungen herzurichten. Vorsitzender, Kassierer und Schriftführer wurden wiedergewählt. Die Wahl eines der Revisoren mußte vertagt werden, da die recht betriebliche Opposition ihre Durchfallschmerzen ausstobte.

## Der Gesundungsprozeß reift.

Die Metallarbeiterwahlen in Essen.

Essen, 12. Februar. (Eigenbericht.)

Die Urabstimmung bei den Ortsverwaltungs- wahlen des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Essen brachte den Kommunisten eine empfindliche Niederlage. Auf die Anstifterliste entfielen 2714 Stimmen, auf die der R.P.D. 2112 Stimmen. Der Erfolg ist um so bemerkenswerter, als bei den Ortsverwaltungs- wahlen in vergangenen Jahre die Mehrheit nur 250 Stimmen betrug und die Kommunisten in diesem Jahre eine außerordentliche Agitation entfalteten. Welche Bedeutung die kommunistische Presse im Ruhrgebiet den Ortsverwaltungs- wahlen des Deutschen Metallarbeiterverbandes beimessen hat, geht aus folgenden Ausführungen des „Ruhrechtes“ in der Sonnabend-Nummer hervor:

„Es ist klar, daß die Entscheidung in Essen von größter Tragweite für die gesamte Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes ist, und daß der Oppositionsbruch durch die revisionistische Front eine beschleunigte Aktivierung der gesamten Arbeiterbewegung im revolutionären Sinne bedeuten muß.“

## Die Lohnfrage der Staatsforstarbeiter.

Die jüngsten Lohnverhandlungen für die preussischen Staatsforstarbeiter sind ergebnislos verlaufen. Die Arbeitnehmerorganisationen werden deshalb den Landwirtschaftsminister ersuchen, nach Erledigung des landwirtschaftlichen Etats persönlich mit ihnen die Lohnfrage der Staatsforstarbeiter noch einmal eingehend zu besprechen.

Der negative Verlauf der bisherigen Verhandlungen berührt etwas eigenartig, wenn man sich vergegenwärtigt, daß erst vor kurzem der preussische Landwirtschaftsminister im Landtag selbst nachdrücklich betont hat, daß die Staatsforstarbeiterlöhne in Preußen einer Verbesserung bedürfen.

In Bayern wurden die Staatsforstarbeiterlöhne durch freie Vereinbarung um 4 Pfennig erhöht; der Spitzenlohn steigt dort von 54 auf 58 Pfennig.

## Beamtenhege.

Der deutschnationalen Großgrundbesitzer.

Den Ruin der Landwirtschaft habende Beamten verschuldet! Diese neueste Entdeckung zu machen blieb den Großgrundbesitzern Schleswig-Holsteins vorbehalten. In den von ihnen gegen die Steuererhebung veranstalteten Demonstrationen wurden Plakate gezeigt mit der Aufschrift: „De Beamten und de Swlen, de lünd uns' Ruin“.

Dafür, daß die Finanzbeamten ihre Pflicht tun, werden sie von den Großgrundbesitzern beschimpft. Dieselben Agrarier, die sonst immer so gern als Hüter des Ordnungsstaates firmieren, sabotieren diesen Staat. Die christliche Beamtenhege ist schließlich nur der Rieberschlag dieser hinterwäldlerischen Einstellung der Agrarier.

## Aus der Textilindustrie.

In der Textilindustrie in Triebes (Thüringen) ist ein Lohnkonflikt ausgebrochen. Die Arbeiter hatten den Mantel- und Lohnvertrag gekündigt. Die Unternehmer machten jedoch keine Miene, Verhandlungen zu führen. Darauf antworteten die Unternehmer mit der Schließung der Betriebe. Von dem Streik und von der Aussperrung werden rund 1200 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen. Wie verlautet, sollen Anfang nächster Woche Verhandlungen in Gera stattfinden.

In Reumünster haben die Tuchweber den Lohn- und Mantelvertrag gekündigt. Die Tarife laufen Ende Februar ab. Bei der Tarifbewegung kommen rund 3000 Arbeiter in Betracht.

## Ein Sechsstreik in Breslau.

Die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ machten bekannt, daß am Sonnabend mittig die Hand- und Maschinenseher ihres Betriebes die Arbeit niederlegten und die Versuche zur Wiederaufnahme der Arbeit erfolglos blieben. Die Drucker und ein Teil des übrigen technischen Personals erklärten sich mit den Sechern solidarisch.

Warum und weshalb die Arbeit verweigert wurde, geht aus der vorliegenden Wolff-Meldung nicht hervor.

## Triumph des Rassenhasses!

(S.G.B.) Bekanntlich hat der dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossene Verband der farbigen Industrie- und Handelsarbeiter Südafrikas (I.C.U.) kürzlich eine gründliche Statutenrevision vorgenommen und auf Grund der von seinem Generalsekretär in Europa gemachten Erfahrungen die junge und lazztrügliche Organisation in jeder Hinsicht auf moderne, freigewerkschaftliche Grundlagen gestellt. Gleichzeitig hat sich die I.C.U., eingedenk der vom Internationalen Gewerkschaftsbund bei der Aufnahme gestellten Bedingung, wonach sie sich bei der Gründung einer Landeszentrale mit schwarzen und weißen Arbeitern dieser anzuschließen hat, beim Südafrikanischen Gewerkschaftsbund der weißen Arbeiter offiziell zur Mitgliedschaft angemeldet.

Telegraphischen Berichten zufolge ist dieses Anschlußgesuch abgelehnt worden, wobei angeblich Rassenurteile nicht unberücksichtigt waren. Dies ist um so bedauerlicher, als gerade in neuester Zeit die südafrikanische Regierung bestrebt ist, das gegen die Eingeborenen gerichtete Verwaltungsgefes mit aller Strenge durchzuführen. Die Bureau der Verwaltungsstellen der Organisation werden durchsucht und die Funktionäre unter Anklage gestellt, während die Farmer in Natal die Häuten der Mitglieder der Organisation niederreißen oder niederbrennen. Die Regierung schaut tatenlos zu und hat es sogar abgelehnt, der I.C.U. Land zu verkaufen, damit die unglücklichen obdachlosen Männer und Frauen der farbigen Arbeiterklasse untergebracht werden können.

Alle diese Schreckensszenen bewirken jedoch gerade das Gegenteil von dem, was die Regierung erreichen will. Die I.C.U. erstarbt, ihre Mitgliederzahlen steigen, und ihre Führer sind kampfunwilliger als je! Der Gedanke mag sie stärken, daß die im Internationalen Gewerkschaftsbund vereinigten weißen Arbeiter auf ihrer Seite stehen. Auf die schwarzen Arbeiter drückte die „Zivilisation“ der herrschenden weißen Rasse am längsten und härtesten, deshalb dürfen sie doppelt auf die Sympathie jener Mitglieder der weißen Rasse Anspruch erheben, die sich einer solchen „Zivilisation“ schämen, nämlich der Arbeiter.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geier; Wirtschaft: G. Klingelböder; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Ehlers; Revolution: A. S. Fischer; Solales und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: H. Giese; Umkleid in Berlin: Verlag: Hermann-Brosch G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermann-Brosch-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Str. 1, 1. Stock.

Montag, 13. 2. 28 Staats-Oper Am Pl. d. Republ. 7 1/2 Uhr Der Arzt wider Willen	Montag, 13. 2. 28 Städtische Oper Bismarckstr. 8-10. 1. 1. 7 1/2 Der fliegende Holländer
Staatl. Schauspiel. An Gendarmenpl. 8 Uhr Maß für Maß	Staatl. Schillerth. Charlottenburg 8 Uhr Die Geschwister Der zerbrochene Krug

**Theater am Kottbuser Tor**  
Kottbuser Straße 6,  
Täglich 8 Uhr  
**Elite-Sänger**  
Februar in großer Form!  
Jeden Sonntag nachm. 3 Uhr:  
**Große Familien-Vorstellung**  
(ungekürzt).  
Volkspr. 0,40, 0,75, 1,—, 1,25, 1,50, 1,75 Mk.

**Reichshallen-Theater**  
8 Uhr, Sonntg. nachm. 3 Uhr.  
**Stettiner Sänger**  
„Kalt's Weibchen“  
nachm. halbe Preise.  
**Dönhoff-Brett's**  
Kabarett, Variété  
Konzert, Tanz.

**CASINO-THEATER** 8 Uhr  
Lehringer Str. 37  
**Die spanische Fliege.**  
Ausschnitten. Gutsherren 1—4 Pers.  
Parquet nur 1,10 Mk., Sessel nur 1,60 Mk.

**Lustspielhaus**  
8 1/2 Uhr  
Guido Thielacher  
„Der Geschäftsaufschlag“

**Theater des Westens**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Nünchhausens letzte Liebe**  
Wirt, Bergmann, Körny, Gille, Albu

**Walhalla-Th.**  
Weinbergsweg 19/20  
**Eine Liebesnacht**  
Operettennacht  
Lony Pymont  
In der Hauptrolle  
Vorzüger dieses  
zahlen für Parken  
auch Sonntags statt  
1,— Mk. nur 60 Pf.  
Sonntags, nachm. 4 Uhr  
Schachgesellschaften  
Parkett v. 30 Pf. an.

**Ignaz-Blum**  
Th. Königsplatz St.  
Bergm. 2110.  
8 1/2 Uhr  
**Flucht**  
von Leo Schwabitz  
Regie: Victor Rosenow

**Komödienhaus**  
Norden 6394.  
8.15—10.40 Uhr:  
**Hokuspokus**  
von Curt Götz

**Rose-Theater**  
8 1/2 Uhr  
**Der Pfarrer von Hirschfeld**  
Planetarium am Zoo  
Fortlag. Aufbruch ins Neue.  
Neil, 1873  
**Venus, die Schwester der Erde.**  
Vorführungen:  
16. u. 18. 19. u. 21. Uhr  
Eintritt 1 M.  
Tafel mit 15 Jäten 1,10 R.

**QUALITÄTSBIERE**  
**ENGELHARDT**

**Der Kenner trinkt**  
das vorzüglich nach  
**Pilsner Art**  
gebraute  
**Engelhardt-Spezial Hell**  
Auch in Flaschen überall erhältlich

**Verkäufe**  
**Möbel**

Chaiselongues, Metallbetten, Kuffen-  
matratzen, Patentmatratzen, Walter,  
Göteborgstraße 47/48, Spiegel-  
geschäft.  
Sonderheft: Anfechtungsrechte, Abgang,  
englische Betten, Umbaufel, Trau-  
maus, Gerabergische Werke, Schlingens-  
erleichterung, Rometing, Kollanik,  
alle 50.

**Musikinstrumente**  
Eintypen, überaus preiswert. Glasa-  
fabrik Einl. Seemannstraße 85.

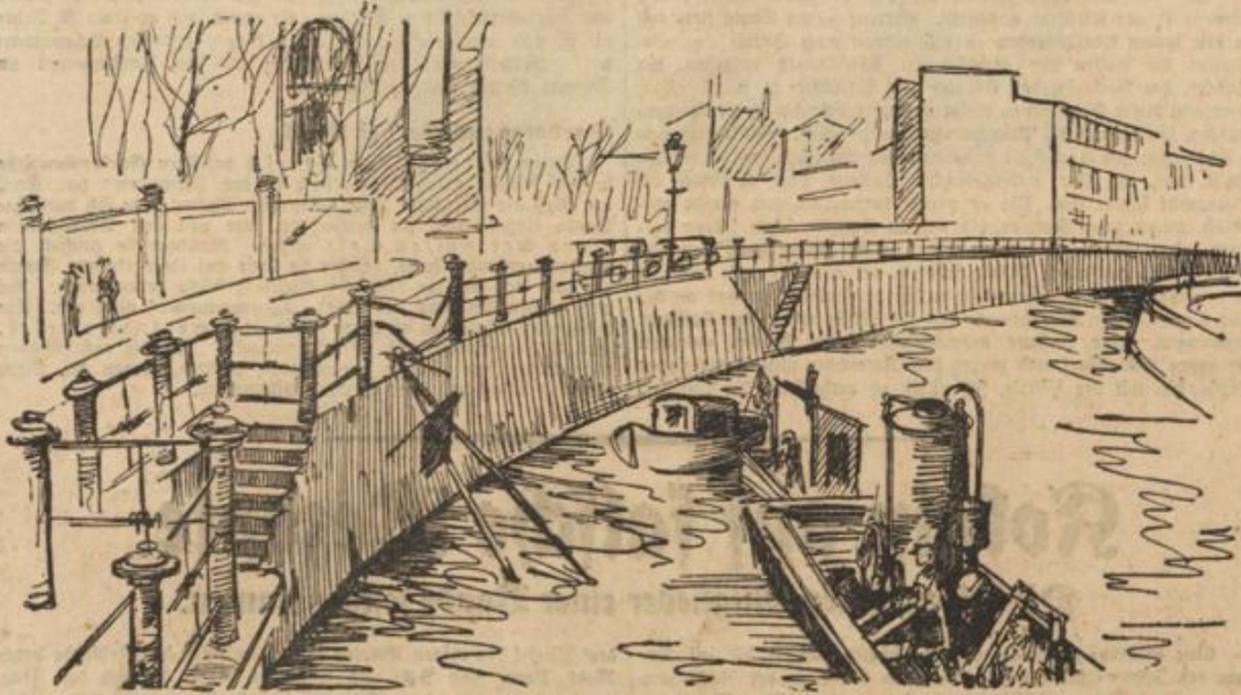
**Fahrräder**  
Gebäude, erstklassige Radfabrik,  
Erlangen, Fabrikhaus Centrum,  
Erlangenstraße 11/12.

**Kaufgesuche**  
Sahngelüste, Silberlaken, Glas, Bild,  
Curellier, Goldschmied, Schloß,  
Reparatur, 89 (siehe Werbeblätter).

**Wir garantieren für passende Gläser**  
**Wilhelm Zapletal, staatlich geprüfter Optiker**  
und zahlen den Betrag binnen 4 Wochen zurück, falls Sie nicht vollständig zufrieden sein sollten.  
Augenuntersuchung kostenlos. — Reparaturen sofort. — Lieferant für Krankenkassen.  
**I. Frankfurter Allee II. Badstraße 14 III. Bergstraße 33**  
zw. Mainzer u. Friedrich-Karl-Str. am Bhf. Gesundbrunnen zw. Steinmetz- u. Thomasstr.

# Autofatastrophe am Reichstagsufer

## Auto in die Spree gestürzt. — Zwei Todesopfer.



Am Sonntag nachmittag ereignete sich vor dem Französischen Gymnasium am Reichstagsufer 6 zwischen der Neuen Wilhelm- und Friedrich-Ebert-Straße ein furchtbares Autounglück. Der Führer einer mit drei Personen besetzten Kraftdroschke verlor infolge eines Zusammenstoßes die Herrschaft über die Lenkung, fuhr auf den Bürgersteig und prallte gegen das gusseiserne Geländer der Spreeböschung. Das Geländer hielt dem Anprall nicht stand und zerbrach wie Glas. Das Auto stürzte die etwa vier Meter hohe Böschung hinab und versank in den eifigen, schmutzgrauen Fluten der Spree. Während sich der Führer, der 23jährige Hans Odebrecht aus der Brehmestraße 2 und ein Fahrgast, der 40jährige Kaufmann Karl Tinius aus der Hatzgoroderstraße 4 zu Pankow unter großen Schwierigkeiten retten konnten, fanden die 40jährige Frau Emma Tinius und deren 8jähriger Sohn den Tod in der Spree, obgleich Hilfe sehr schnell zur Stelle war. Ein großes Aufgebot von Polizei und Feuerwehr war lange Zeit an der Unfallstelle mit den Bergungs- und Hilfsmahnahmen beschäftigt. Zu der Katastrophe werden folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Der Kaufmann Karl Tinius feierte gestern seinen 40jährigen Geburtstag, aus dessen Anlaß er mit seiner Familie, seine 40jährige Frau Emma und seinem achtjährigen Kinde Gerhard, die Nachmittagsvorstellung in der Scala besuchen wollte. Er mietete in Pankow eine zweistreifige Taxis und gab dem Führer Anweisung, nach der Martin-Luther-Straße zu fahren. Kurz vor einhalb vier Uhr bog der Chauffeur, vom Bahnhof Friedrichstraße kommend, in die Fahrbahn des Reichstagsufers ein. Vor dem Französischen Gymnasium ereignete sich dann das furchtbare Unglück, das sich nach den Aussagen mehrerer Augenzeugen und der bisherigen polizeilichen Ermittlungen etwa folgendermaßen zugetragen hat.

### Wie das Unglück geschah.

Der Unglückswagen, der in sehr schnellem Tempo fuhr, wurde von einem nachkommenden Auto beim Überholen angefahren. Dem Führer des ersten Kraftwagens wurde hierbei das Steuertad aus der Hand gerissen. Der Wagen geriet ins Schleudern, wurde infolge der eigenen Geschwindigkeit auf den Bürgersteig geworfen und fuhr mit großer Wucht gegen das gusseiserne Geländer der Böschung. Der Vorderteil des Autos versing sich in dem zertrümmerten Geländer und schwebte sekundenlang mit dem Kühler über dem Wasser. Plötzlich gab das Geländer vollends nach und der Wagen stürzte, sich einmal überschlagend, in die Tiefe. Das alles war nur das Geschehen von Sekunden. Von allen Seiten eilte dann Hilfe herbei. Von der Pförtnerloge des Reichstages wurde sofort die Feuerwehr und das Städtische Rettungsamts alarmiert.

In der Zwischenzeit spielte sich unter Wasser eine furchtbare Tragödie ab. Die in die Tiefe Gestürzten kämpften verzweifelt um ihr Leben. Nach zwei Minuten tauchte der Kopf des Führers Odebrecht und fast im selben Augenblick auch Tinius an der Oberfläche des Wassers auf. Mit Ausbietung aller Kraft hatte sich Tinius durch Zerschlagen der Scheiben zum Führersitz einen Weg ins freie Wasser gebahnt und als Schwimmer die Uferwand erreicht. Er, der seiner Frau und seinem Kind noch Hilfe bringen wollte, mußte den Versuch unter Wasser wegen der Ausichtslosigkeit bald aufgeben und sich selbst, völlig erschöpft, zu retten. Schiffer der an der Spree liegenden Spreefähnen eilten mit Booten herbei und fischten die beiden Männer aus dem Wasser.

Inzwischen war die Feuerwehr mit mehreren Rettungswagen an der Unglücksstelle eingetroffen. In fiebriger Eile wurde ein Schlauchboot herabgelassen und gleichzeitig mehrere Boote mit

Bergungsmannschaften besetzt. Das Auto, in dem Mutter und Kind noch eingeschlossen waren, lag mit dem Deck etwa einen halben Meter unter Wasser. Von einem Spreefähnen wurde ein Anker herbeigeschafft und in die Tiefe gelassen. Der Anker hatte im Fahrgestell ein und es gelang, das Auto, das durch die starke Strömung ein erhebliches Stück abgetrieben worden war, soweit zu heben, daß die Berunglückten aus dem Innern geborgen werden konnten. Die leblosen Körper wurden in die Erdgeschoswohnung des Pförtners Derschel, Reichstagsufer 5, gebracht. Feuerwehrmänner und Ärzte des Städtischen Rettungsamts waren dann fast drei volle Stunden lang mit Wiederbelebung versuchen beschäftigt. Alle zur Verfügung stehenden Mittel wurden angewendet, nichts unversucht gelassen, um Leben in die regungslos Daliegenden zu wecken. Alle Bemühungen blieben vergebens. Nachdem Direktor Dr. Paul Frank vom Städtischen Rettungsamts als letztes Mittel zwei Herzinjektionen anordnete, die ebenfalls erfolglos blieben, mußte endgültig der Tod festgestellt werden. Die Leichen wurden ins Schauhaus gebracht. Der Chauffeur wurde als Polizeigefangener in das Staatskrankenhaus in der Scharnhorststraße und Tinius in die Charité übergeführt.

An der Unfallstelle hatte sich eine vielhundertköpfige Menschenmenge angeammelt, die die Uferböschungen zu beiden Seiten dicht umlagerte. Von der Feuerwehr, zu deren Unterstützung das Feuerlöschboot II, das im Westhafen stationiert ist, heranbeordert worden war, wurden im weiteren Verlauf der Bergungsarbeiten alle möglichen Versuche unternommen, das abgestürzte Auto zu heben. Da sich die Geräte und Bergungsapparate als nicht ausreichend erwiesen, den Wagen in der fünf Meter hohen Böschung ohne Kran hinaufzuziehen, mußten die Versuche bei Einbruch der Dunkelheit abgebrochen werden. Da es unmöglich erscheint, die Kraftdroschke an der Stelle, wo sie ins Wasser gestürzt ist, zu heben, soll sie im Laufe des heutigen Tages durch einen Schlepper nach dem Humboldthafen gezogen und dort vermittels eines Kranes aus dem Wasser gehoben werden. An der Absturzstelle wurde noch ein provisorisches Geländer errichtet.

Die Unfallstelle liegt nur etwa 200 Meter von der Stelle entfernt, wo im Jahre 1915 eine Straßenbahn aus den Schierensprang, über den Bürgersteig fuhr und in die Spree stürzte. Da fanden fünf Personen den Tod im Wasser.

Das Befinden des geretteten Kaufmanns Tinius ist im allgemeinen gut. Unter der Wirkung der Nachricht jedoch, daß seine Frau und sein Sohn tot sind, hat er einen Nervenschock erlitten.

### Wer ist der Urheber?

Der Führer des rammen Autos, der Kraftdroschke I. A. 41 089, der sich zunächst offenbar völlig toplos geworden, mit seinem Auto entfernt hatte, hat sich inzwischen der Polizei selbst gestellt. Er ist ein älterer Mann namens Friedrich Krakerl aus der Mantuffelstr. 41, der schon seit 25 Jahren seinen eigenen Wagen fährt. Kriminalkommissar Herber von der Inspektion Mitte, der die Untersuchung leitet, hielt heute morgen an der Unglücksstelle einen Termin ab, zu dem Krakerl, mehrere Sachverständige und Zeugen hinzugezogen wurden. Krakerl hatte, wie er sagt, eine Führe nach dem Bahnhof Friedrichstraße gemacht und fuhr mit dem leeren Wagen langsam zum Reichstagsufer zurück. Auf dem schlüpfrigen Holzpflaster an der Brücke überholte ihn Odebrecht auf der linken Seite. Dann bog er gleich wieder rechts ein, um auf die richtige Fahrbahn zu gelangen. Krakerls Wagen geriet jetzt ins Schleudern. Der Mann behauptet aber, daß sein Wagen die vor ihm fahrende Kraftdroschke nicht angefahren habe. Als Krakerl sah, daß der Wagen vor ihm über den Bürgersteig gegen das Geländer stog, das Schutzgitter durchbrach und ins Wasser fiel, fuhr er davon, aber nicht, weil er sich einer Schuld bewußt gewesen wäre, sondern um die Feuerwehr und den Reichswasserschutz zu benachrichtigen. Bei seiner Rückkehr war die Feuerwehr schon da, und er konnte, wie er sagt, nicht mehr heranzufahren. Heute morgen ging er dann zur Polizei. Ob diese Darstellung, die zum Teil von Zeugen bestätigt wird, in allem richtig ist, bedarf noch der näheren Prüfung. Krakerls Droschke



# Krauz und Krone

von jeher das Symbol höchster Leistung - verpflichtet auch im Wirtschaftsleben zu immer neuer Kraftentfaltung. Unsere

ASTOR-HAUS 6A

## OBERST 5A

BLAU PUNKT 8A

### „NEUE ARBEIT“

enthält im „neuer Arbeit“ nicht nur alles köstliche, was der Orient an Tabaken zu bieten vermag; sie ist auch mit jener zielbewußten Schaffensfreude hergestellt, die - verbunden mit starkem Können - allem zu höchster Leistung befähigt. - Wabers-Astoria Zigarettenfabrik A.-G.

wurde beschlagnahmt, um auf eine etwaige Beschädigung hin genau untersucht zu werden. Diese muß vorhanden sein, wenn er den Bordertwagen schwer angefahren hat. Die Zeugenvernehmungen an Ort und Stelle und auf dem Revier dauern noch an.

## Schwarze nimmt das Todesurteil an.

Bekanntlich wurde der 26jährige Mechaniker Albert Schwarze aus Caputh vom Potsdamer Schwurgericht wegen Ermordung der 23jährigen Hausangestellten Martha Joha zum Tode verurteilt. Schwarze hatte gegen das Urteil Revision angemeldet; heute hat er einen Verzicht erklärt. Es wird eine Vergnadigung erstrebt, die auch von den Geschworenen befürwortet werden wird.

## Freiheitsjahr 1848!

Das arbeitende Volk feiert Deutschlands erste Revolution.

Der am gestrigen Vormittag vom Berliner Bezirksausschuß für sozialistische Bildungsarbeit im Großen Schauspielhaus veranstalteten proletarischen Feiertage hatte man das Revolutionsjahr 1848 zum Thema gesetzt. Zu einer tausendköpfigen Menge war die Zuhörerschaft angewachsen, als dumpfe Paukenschläge den Beginn der Feiertage verkündeten und Albert Florath Herweghs Gedicht „Achtzehnter März 1848“ zu einem pathetischen Prolog gestaltete. In der Dämmerung eines fahlen Morgenhimmels stand die zu einer dunklen Masse zusammengeballte Schaar des „Sprechchores für proletarische Feiertage“, der das „Weberlied“ und Heines anklagendes Gedicht „Die Weber“ sprach. Lothar Müthels scharfgeschnittene, fleghafte Stimme sprach Herweghs Verheißung „O wag' es doch nur einen Tag!“ Nach den Sprechern sang von dem jungen Georg Schumann meisterhaft dirigiert, der „Berliner Lendoi-Chor“ Herweghs „Bei und Arbeit!“, das Wendelin Weißheimer einzigartig komponiert hat, und Freiligraths „Schwarz-Rot-Gold“ in vollendeter Weise. Die hierauf folgende Festansprache hielt Landtagsabgeordneter Hermann Lüdemann, der daran erinnerte, daß die Freiheitskriege nicht die Erlösung von dem Despotismus der eigenen Fürsten, die die freiherrliche Regung brutal unterdrückten, gebracht haben. Die schwebende Lot der Bürger und Bauern und die Verzweiflungsschreie der schlechten Weber brachen dann die Revolution, die im März 1848 nach blutigen Kämpfen den Sieg errang, die Bahn. Die Reaktion verstand es aber nur zu gut, das Bürgerthum gegen die Arbeiterklasse, die im Kampf die meisten Opfer gebracht hatte, zu hegen und es mit einer schneidenden Verfassung zu beruhigen. Erst die Revolution von 1918 eroberte dem Volke die Rechte; das Proletariat muß aus der formalen Demokratie eine soziale machen und durch sie den sozialen Volksstaat herbeiführen, das ist die Mahnung und Vermächtnis der Revolution von 1848!

Brausender Beifall erhob sich wie ein Gebälde nach den letzten Worten des Redners. Weitere Liedervorträge und Rezitationen — Lothar Müthel las 1848er Dokumente, Heinrich Witte sprach produktvoll das satirische „Lumpensammellied“ und erschütternd Freiligraths Dichtung „Die Toten an die Lebenden“, Albert Florath der heiteren Dialog über „Die konstitutionellen 10 Gebote“, Margarete Schön Freiligraths „Revolution“ — beendeten die Feier, die mit der gemeinsam gesungenen „Marzellaische“ einen mächtvollen Ausklang fand.

## Die Klagen der Laubekolonisten.

Die Sozialdemokratie vertritt ihre Interessen.

Weit über 1000 Treptower Laubekolonisten versammelten sich am Sonntag vormittag in Jenners Festhallen, um gegen die Geländekündigungen des Bezirksamtes Treptow zu protestieren. Veranstalter dieser Kundgebung, die so recht zeigte, daß auch die Laubekolonisten längst den Wert einer geselligen Organisation erkannt haben, war der Bezirksverband Neukölln-Treptow e. V. im Provinzialverband Groß-Berlin des Reichsverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands.

Aus einem Referat des Bezirksverbandsvorsitzenden Korsch konnte man entnehmen, daß vom Bezirksamte Treptow bei Vornahme der Kündigungen nicht einmal die gesetzlichen Termine beachtet werden. Warum wurde gekündigt? Das Bezirksamte Treptow berief sich darauf, daß das Bauvorhaben 1928 jetzt zur Durchführung gelangen soll. Und so wurden die Kündigungen zum 31. Dezember 1927 ausgesprochen. 37 Kolonien sollten räumen! Das Bezirksamte Treptow erklärte weiter, daß der zentrale Magistrat mit dieser Maßnahme einverstanden wäre. Eine Nachtrage ergab jedoch etwas anderes. Beim Berliner Magistrat wollte niemand etwas von diesen Kündigungen wissen, die dann schließlich auch zurückgenommen wurden. Der Redner verwahrte sich entschieden gegen dieses eigenartige Vorgehen des Bezirksamtes Treptow.

Als zweiter Redner sprach der Vorsitzende des Provinzialverbandes, Genosse Reinhold. Die Sünden der Kommunalverwaltung der Vorkriegszeit machen sich jetzt bitter bemerkbar. Planlos ließ man damals Kleingärten anlegen. In enger Arbeit schufen sich die Kolonisten Erholungsplätze, die nun teilweise verschwinden sollen. Groß-Berlin hat über 10 Millionen Quadratmeter brachen Landes. Warum will man nicht erst diese gewaltige Flächen bebauen, ehe man die Lungen der Großstadt, die Laubekolonisten verschwinden läßt? Bei Vornahme der Kündigungen dienen fast immer die Bauvorhaben als Grund. Und wie sieht es damit aus? Nach der Räumung zeigt es sich, daß das Bauvorhaben — Bauvorhaben bleibt! Bruch liegt das Feld lange Zeit, ehe überhaupt der Bau beginnt. Der Provinzialverband ist sich darüber klar, daß er in Zukunft bei irgendwelchen Räumungsgesprächen nur dann mitreden wird, wenn Geld zum Bebauen des zu räumenden Geländes auch wirklich vorhanden ist!

In der Diskussion sprachen als Vertreter der SPD der Vorsitzende der Treptower Bezirksparlamentarierversammlung, Genosse Strieder, Stadtrat Genosse Schröder-Neukölln, Stadtrat Genosse Henschold-Kreuzberg und Stadtrat Genosse Schwarz-Treptow. Alle Redner verurteilten, daß die SPD, wie immer die Arbeit der Laubekolonisten zu würdigen und kräftig zu unterstützen wolle! Nachdem noch mehrere Zusatzreferate — unter ihnen ließ auch Herr Kleinschmidt von der SPD, seine kaffeebekannten Lorosen vom Stapel — zu der Räumungsgesprächen gesprochen hatten, hielten Korsch und Reinhold ihr Schlusswort. Eine Entschädigung, die sich u. a. gegen das rigorose Vorgehen der Behörden gegen Kleingärtner verwehrt und verlangt, daß bei eventuellen Kündigungen angemessene Entschädigungen zur Auszahlung gelangen sollen und vor der Räumung Zustimmung von Dauerkolonisten zu erfolgen hat, gelangte einstimmig zur Annahme.

## Zwei Opfer einer Gasvergiftung.

In seiner Wohnung in dem Hause Schreinerstraße 20 wurde gestern ein Schlosser Friedrich H. mit einem noch unbekanntem Mädchen tot aufgefunden. Durch Gasgeruch wurde man auf die Wohnung aufmerksam, und als man eindrang, fand man das Paar

# Raubüberfall im Café Zielka.

1000 Mark erbeutet.

Ein Raubüberfall wurde heute früh um 6 Uhr in den Büroräumen der Caféhausbetriebsgesellschaft m. b. H. früher Zielka, in dem Eckhause Friedrich- und Leipziger Straße verübt. Die Räuber fielen mit 1000 Mark barem Gelde entkommen; sie mußten mit den örtlichen Verhältnissen sehr vertraut gewesen sein.

Bei der Betriebsgesellschaft ist ein 64 Jahre alter Mann namens H. als Kassierer angestellt. Er tritt seinen Dienst stets erst in den späten Abendstunden an und nimmt nach Schluß des Geschäftes die Kassen der verschiedenen Abteilungen entgegen, der Kassier, des Varietés, der Billard- und Schachsäle u. a. m. Nach Empfang dieser Eingelassen bleibt er regelmäßig bis in die Morgenstunden hinein, um die Abrechnungen aufzustellen. Heute früh um 6 Uhr begab sich H. auf die außerhalb des Bureaus, das im vierten Stock liegt, im Flur untergebrachte Toilette und verschloß die Bureautür hinter sich. Als er wieder herauskam und gerade aufschloß, traten zwei Männer, die sich im Dunkeln schon früher versteckt haben mußten, mit dem Rufe: „Halt! Hände hoch!“ an ihn heran. Mit erhobener Pistole forderte der eine ihn auf, mit ihm in das Bureau hineinzugehen, während der andere draußen an der Tür blieb. Unter Bedrohungen mit der Waffe wurde der Kassierer gezwungen, seine Kassette aufzuschließen. Der Räuber entnahm ihr gegen 1000 Mark und zwang den Beraubten unter fortgesetzten Drohungen mit der Pistole, sich ruhig zu verhalten. Da niemand

oben in dem Gebäude anwesend war, so wären Hüter ohne Aussicht auf Erfolg gewesen. Auch eine Flucht war dem Ueberfallenen, den einen Nervenschuß ertilt, unmöglich. So mußte er alles über sich ergehen lassen, und die Räuber entkamen ungehindert mit der Beute.

Reinmachefrauen, die in den unteren Räumen bei der Arbeit waren, haben von ihnen nichts gesehen oder gehört. H. kann den Aufpasser an der Tür gar nicht und den Räuber mit der Pistole nur sehr oberflächlich beschreiben. Er meint, daß er etwa 30 Jahre alt ist und dunkles Haar und einen kurzen gestutzten Schnurrbart hat. Mitteilungen zur Aufklärung an das Raubdezernat im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums.

## Garberobendiebe bei Kroll.

Einen ertragreichen Streich verübten Garberobendiebe in der Nacht zum Sonntag in den Festräumen von Kroll am Platz der Republik. Nach bekanntem Muster hatte sich dort eine Bande eingefunden, die beobachtete, wer von den Ballbesuchern einen wertvollen Pelz abgab. Nachdem sie geschickt die Nummer erkundet hatte, fälschte sie diese auf ihrer eigenen Karte um und ließ sich die kostbaren Kleidungsstücke herausgeben. Bei dem großen Andrang fiel dieses „Tauschmanöver“ nicht auf. Die Spühhaken erbeuteten auf diese Weise vier wertvolle Pelze, zwei Herrengehäpse und zwei Damenpelze. Als die rechtmäßigen Eigentümer ihre Sachen heraushaben wollten, waren die Diebe natürlich längst mit ihrer Beute verschwunden.

# Rotain auf falsche Rezepte.

Die beiden letzten Mitglieder einer Bande festgenommen.

Eine fünfköpfige Bande von Rauschgifthändlern, die seit Anfang des Jahres 1927 ihr Unwesen trieb, konnte in der Nacht zum Sonntag endgültig unschädlich gemacht werden. Vier Mitglieder der Bande waren junge Burtschen zwischen 18 und 22 Jahren, der Anführer aber ein Mann von 52 Jahren.

Zwei Abgabegäste hatte sich die Bande erschlossen, die Tauentzienstraße und ihre Umgebung und die Besselfraße mit ihrer Nachbarschaft. Das Sonderdezernat, das ständig hinter dieser Schiebergesellschaft her war, konnte im Laufe des vergangenen Jahres drei Mitglieder fassen und hinter Schloß und Riegel bringen. Nur zwei Burtschen konnten nicht ergriffen werden. Erschwert waren die Nachforschungen der Beamten dadurch, daß die Rauschgifthändler, wenn Gefahr drohte, häufig von den „Damen“ der nächsten Tauentzienstraße gewarnt wurden. Sie arbeiteten mit allen möglichen Tricks, um in den Besitz der gewünschten Gifte zu kommen. Unter falschen Namen erschienen sie bei sechs verschiedenen Ärzten, spiegelten Krankheiten vor und ließen sich Morphium verschreiben. In anderer Stelle bemächtigten sie sich einiger Rezeptformulare, liehen in einer Druckerei 500 Stück anfertigen und stellten nun je nach Bedarf gefälschte Rezepte auf Rauschgifte aus. So verfügten sie immer über ausreichende Vorräte.

Ein großer Schlag gelang der Bande vor etwa einem halben Jahre. Damals kam eine Frau aus Düsseldorf nach Berlin, um hier 1 Pfund Rotain zu Geld zu machen. Sie fiel den Burtschen in die Hände und gab das Rauschgift her, weil es erst auf seine Reinheit „geprüft“ werden sollte, ehe man sich zum Ankauf entschloß. Die Burtschen betrogen die Frau gründlich. Sie nahmen

drei Viertel des reinen Rotains an sich, ersetzten das Fehlbende durch Mehl, Borax und Salz und händigten dieses Gemisch der Frau wieder aus mit dem Bemerkten, daß sie augenblicklich nichts brauchten. Der Sammelpunkt der „Händler“ war in der Wohnung des einen in der Rütikowerstraße. Nach langen Beobachtungen fielen die Beamten der Dienststelle E. 6 hier überraschend ein und ertappten drei Mitglieder, die emsig dabei waren, gefälschte Rezepte auszustellen. Alle wurden festgenommen und das vorgefundene Material beschlagnahmt. Von den 500 Formularen waren nur noch wenige vorhanden, alle anderen hatte man schon in den verschiedensten Apotheken untergebracht.

Die letzten beiden Mitglieder waren zunächst in Berlin nicht aufzufinden. Es gelang jedoch, festzustellen, daß sie sich nur zur Nachtzeit in der Stadt aufhielten und mit einem der Frühlüge nach den Vororten abfuhr. Gestern wurde ihr Unterschlupf in einer Laube in Hoppegarten ausfindig gemacht und die beiden Burtschen ebenfalls festgenommen. Mehrere der Burtschen hatten sich, wie sich jetzt herausgestellt hat, in einer Entschleunungsanstalt kennengelernt, denn mehr oder minder sind alle selbst dem Rauschgiftgenuss verfallen. Um die Kontrolle in der Anstalt zu lockern, spritzten sie sich gegenseitig die Gifte auf den Toilettenräumen ein. Auch die jetzt Verhafteten werden dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

Die Gesellschaft war unter den „Kunden“ so bekannt, daß sogar Bestellungen durch Rohrpostbriefe und chiffrierte Depeschen an sie gelangten. Einer der Bande machte sich dann sofort auf, um die Aufträge auszuführen.

bereits tot im Bett in der Küche liegen. Allem Anschein nach liegt ein Unglücksfall vor. Die Person des Mädchens konnte noch nicht festgestellt werden. Sie ist etwa 20 bis 24 Jahre alt und hat einen blonden Bubenkopf.

Ein schwerer Unfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich heute früh kurz nach sechs Uhr in der Nähe des Bahnhofs Papestraße. Beim Ueberfahren der Gleise wurde der 47jährige Weichenwärter August Steud aus der Letzower Straße 41 von dem herankommenden Fernzug Berlin-Dresden überfahren und auf der Stelle getötet. Die Leiche wurde in das Schauhaus gebracht.

## Jacoby und der schwarze Freitag.

Der Zusammenbruch Schlewinsky's.

Vor dem Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Dr. Staedel findet heute der mündliche Gastprüfungstermin statt, der von der Verteidigung des in der Firma Bergmann angestellten Kaufmanns Salinger angestrengt wurde. Gegen den Kaufmann Max Schlewinsky hat das Amtsgericht Berlin-Mitte inzwischen offiziell das Konkursverfahren eröffnet. Ueber den Konkursantrag des Staatsanwaltschaftsrats Dr. Jacoby wird am Mittwoch verhandelt werden.

Die Rechtsanwältin Dr. Bindar und Dr. Klee, Jacobys Verteidiger, wollen den Beweis erbringen, daß Jacoby bis zum Zusammenbruch fest geglaubt habe, daß Bergmann sei alles in Ordnung. Sie stützen sich dabei auf den Umstand, daß Bergmann Jacoby eine Beteiligung einräumte. Eines Tages habe Bergmann Jacoby überredet, die Hausse an der Börse auszumitern und durch einen Moller namens Balsam bei einem Berrtiner Bankhaus 2000 Mark, die seiner Schwester gehörten, zu hinterlegen. Der vielgenannte „schwarze Freitag“ kam mit seinen ungeheuren Kursrückgängen, und als Jacoby dann seine Liquidation erhielt, sah er zu seinem Schrecken, daß nicht nur die 2000 Mark weg waren, sondern daß er auch noch 18 000 Mark Schulden hatte. Um ihn zu entschädigen, hat ihm Bergmann eine Einlage von 2000 Mark gegeben, die mit 48 Proz. verzinst werden sollten. Diese 48 Proz. sind auch tatsächlich laufend bezahlt worden. Auch für die ersten 2000 Mark hat Jacoby Bombardscheine erhalten, die Salinger ausfertigte. Jetzt hat sich freilich herausgestellt, daß diese Lombardscheine nicht einen Heller wert hatten, weil sie gefälschte Duplikate waren. Wenn, so sagt die Verteidigung, Jacoby über die Verhältnisse bei Bergmann Bescheid gekunt hätte, so hätte er doch sicher darauf gedrängt, wenigstens selbst echte Scheine zu erhalten.

Weitbin berichtet wir, daß auch der frühere Reichskanzler Genosse Gustav Bauer beim Bombardhaus Schlewinsky eine Einlage von 10 000 Mark gehabt hätte. Hierzu teilt uns Genosse Bauer mit, daß die 10 000 Mark ihm nicht gehörten. Er habe sie im Auftrage eines im Auslande wohnenden Verwandten bei der Firma Schlewinsky im Dezember vorigen Jahres angelegt, nachdem eine namhafte Auskunftsei, drei Rechtsanwältin, ein Reichsbankrat und ein Kaufmann die besten Auskünfte über die Firma erteilt hätten.

## Richterschieber und Industriesyndikus.

Hochmut, dein Name heißt Pinkerteil.

Der bekannte Kulturpolitiker der Deutschen Volkspartei und Landtagsabgeordnete Dr. Pinkerteil propagierte in einer von der Deutschen Zentralstelle für Berufsberatung der Akademiker in den Landtag einberufenen Besprechung von Vertretern vieler akademischer Berufsverbände den Gedanken eines zentralen Zusammenschlusses aller deutschen Akademiker, um angesichts der stark organisierten Arbeitergewerkschaften einen machtpolitischen Block der Akademiker zu schaffen und sich geschlossen kulturell, standesmäßig zu organisieren. Besonders mühten sich die Akademiker von den staatlichen Instanzen (Landesarbeitsämter und Reichsamt für Arbeitsvermittlung) die Berufsvermittlung nicht aus der Hand nehmen lassen. Es ging nicht an, daß der Richterschieber bei der Straßenbahn gemeinsam mit dem Syndikus der Industrie vermittelte würde. Man kann diesem Volksparteiler für die deutsche Bekundung seines Volksgemeinschaftsbekundens nur dankbar sein. Ein Kommentar zu dieser die hochmütige Klassenmäßige Einstellung betonenden Art „volksparteilicher“ Kreise erübrigt sich. Die Einberufer dieser Besprechung kamen aber auch vor den Vertretern der akademischen Berufsverbände nicht einmal auf den Kosten. Eine dem akademischen Zentralzusammenschluß zustimmende Resolution konnte nur mit 20 von 39 Stimmen zur Annahme gebracht werden, wobei die Einberufer selbst den Ausschlag für die Annahme gaben.

Das „Internationale Juristische Komitee für Tierrecht“, das seinen Sitz in Paris hat und dem bereits französische, englische, spanische, belgische, österreichische, bulgarische und argentinische Vertreter angehören, hat nunmehr auch einen Vertreter für Deutschland in der Person des hiesigen Justizrats Viktor Fraenk, des Vorsitzenden der „Deutschen Gesellschaft für Tierrecht“, gewählt.

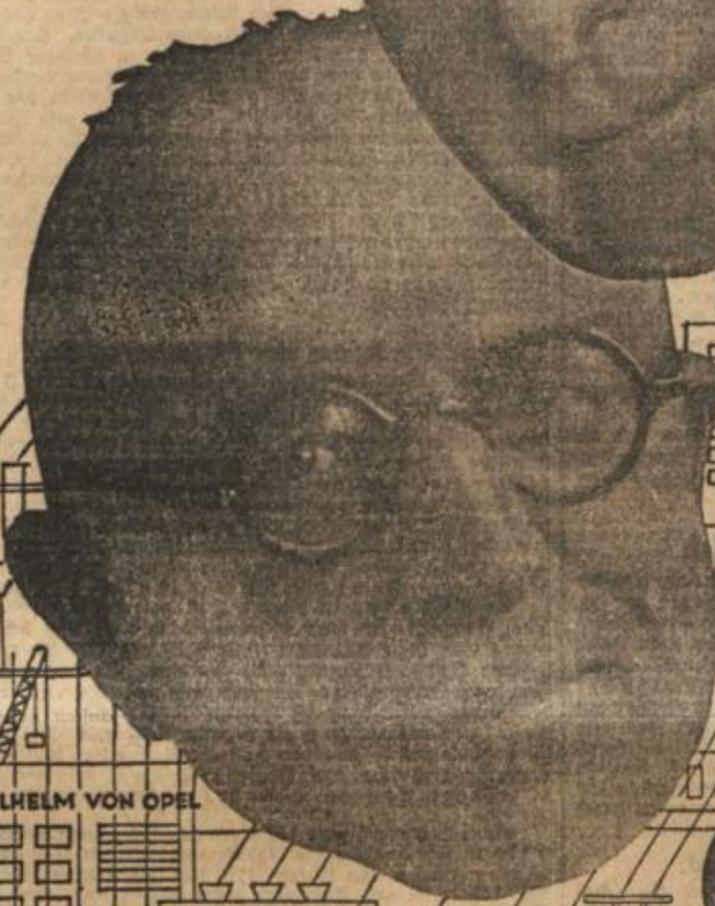
## Ermordung dreier Deutscher in Polen.

Wie die „Deutsche Rundschau“ in Polen aus Warschau meldet, sind in der Kolonie Rydzewek bei Bioclawek am 9. Februar der deutsche Kolonist Julius Bock, seine Frau und seine Hausangehörige einem fürchterlichen Verbrechen zum Opfer gefallen. Man fand in der Küche die schrecklich zugerichtete Leiche der 65 Jahre alten Köchin Wilhelmine Winter, im Hofe die an einem Balken aufgehängte Leiche der 23jährigen Hausangestellten Grete Beith. Im Korridor hing die Leiche des Wohnungsinhabers Julius Bock. Nach den bisherigen Ermittlungen sind ein Paar Stiefel und vierzig Zloty von den Tätern geraubt worden. Bis jetzt sind vier Personen verhaftet, die der Tat verdächtig erscheinen.

1. Kreis — Mitte: Heute Sonntag, 13. Februar, 19/1, Uhr, im Rollen-Haller Hof, Rosenhallerstraße 11/12: Kreisvertreterversammlung. Niemand darf fehlen. Wahl des Vorstandes. Verschiedenes.



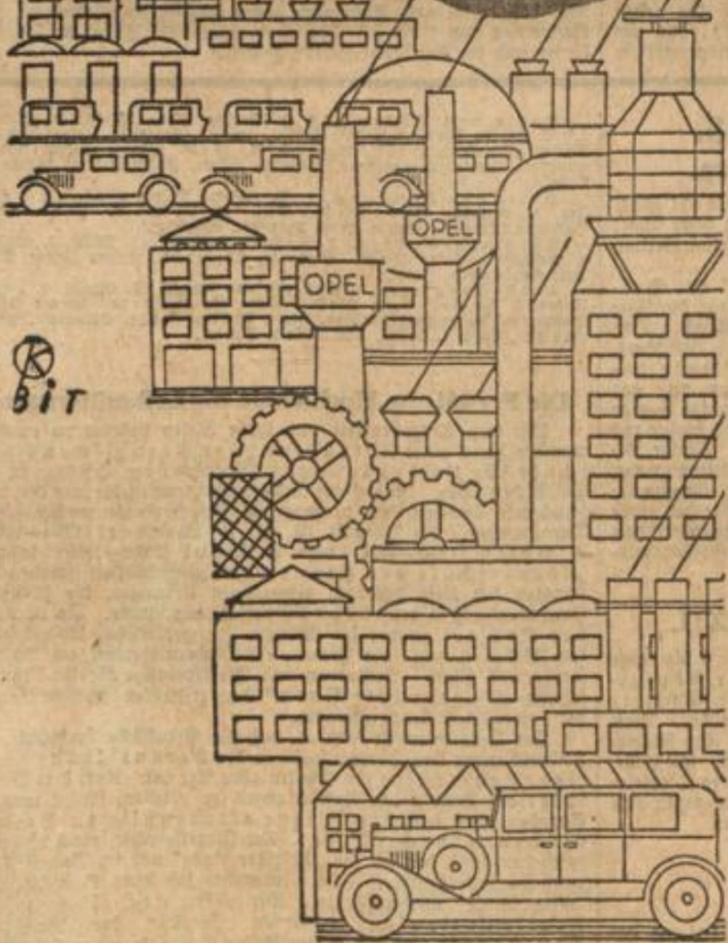
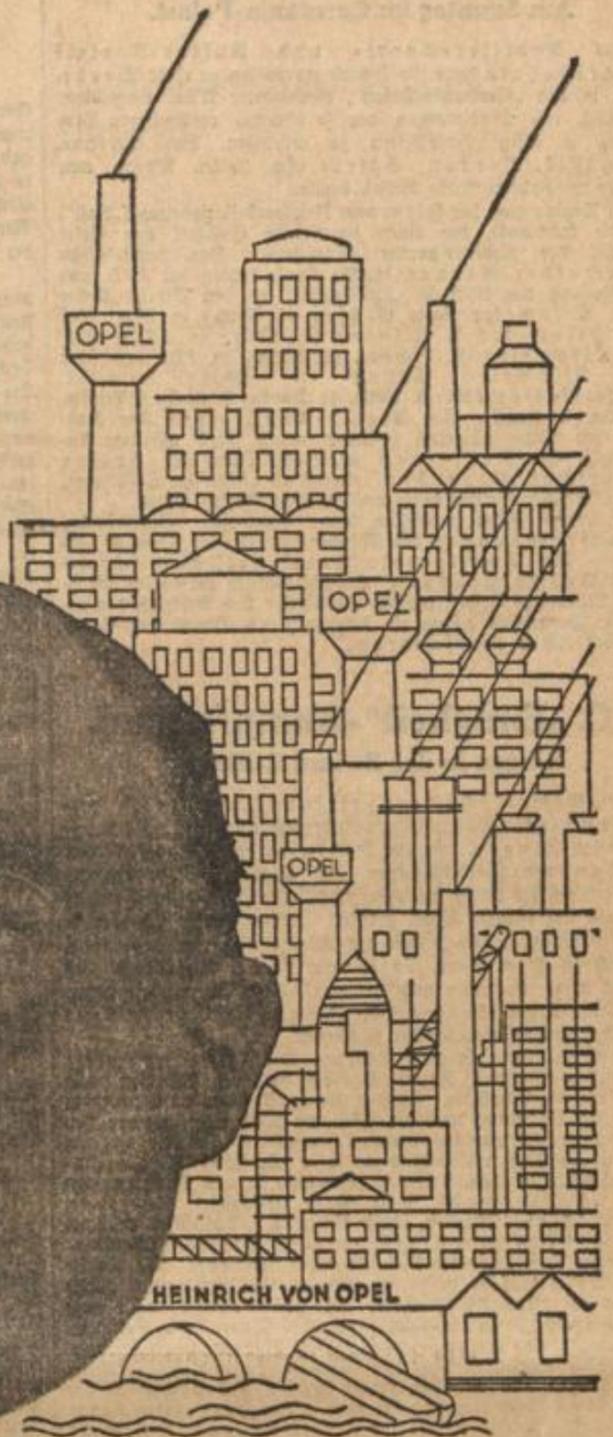
FRITZ VON OPEL



WILHELM VON OPEL



HEINRICH VON OPEL



bit

# OPEL BRINGT DIE ENTSCHEIDUNG

Ob deutsche oder ausländische Automobile: kann heute nicht mehr die Frage sein. Opel gibt die Entscheidung. Trotz schwerer Erschütterungen der deutschen Wirtschaft durch Krieg und Kriegsfolgen hat Opel nicht nur seine überragende Geltung bewahrt, sondern weit darüber hinaus

## ALS ERSTE FIRMA DER WELT

verstanden, die Methoden der Serienherstellung auf die Höhe deutscher Werkmannsarbeit zu bringen. In Preis, Güte und Geschmack stehen die Opelwagen ohne jeden Vergleich da. Opel hat alles getan, das wichtige Arbeitsgebiet der Motorisierung des deutschen Verkehrs für die deutsche Wirtschaft fest in der Hand zu halten. Riesige Bauten, ungeheure Parks neuzeitlichster Werkzeugmaschinen stehen bereit. 20000 deutsche Arbeiter finden hier Arbeit und Brot, viele Hilfs-Industrien reichen Absatz. 5-600 Opelwagen verlassen bei vollem Betrieb täglich die Bänder, machen jede Einfuhr fremder Erzeugnisse überflüssig.

## NUN HAT DER DEUTSCHE KÄUFER DAS WORT!

Seiner Vernunft, seiner Verantwortung ist anheim gegeben, ob die Früchte deutschen Geistes und Fleißes für den Aufstieg und die Freiheit deutscher Wirtschaft genützt werden. Das Automobil ist eine deutsche Erfindung! Sie preisgeben, hieße: ihrer nicht wert sein!

